

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1,30 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. L a n k e s, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4933

Berlin, 3. März 1932 • 45. Jahrgang • Nr. 9

Ausserordentlicher Kongress des ADGB.

Mittwoch, den 23. März 1932, im Plenarsaal des Vorl. Reichswirtschaftsrats, in Berlin, Bellevuestraße 15. Beginn: vormittags 9½ Uhr.

Tagesordnung:

Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung

Nach dem Beschluß des Bundesausschusses findet eine Neuwahl der Delegierten nicht statt. Die Regelung der Delegation im Rahmen der Bundessatzung ist den Verbandsvorständen überlassen.

Der Bundesvorstand.
Leipart.

Aufgewacht! Zugepackt!

Der Verlauf des Jahres 1931 hat allen Arbeitnehmern — Frauen und Männern — gezeigt, daß der Inhalt ihrer Lohntüte mit dem allgemeinen Wirtschaftsgeschehen aufs engste verbunden ist. Das verflozene Krisenjahr hat wie noch keines die unlösbare Verflechtung mit der Weltwirtschaft aufgezeigt. In allen Ländern haust die Weltwirtschaftskrise und bringt der Arbeiterschaft Not und Elend. Leider bleibt es nicht nur bei den materiellen Sorgen, es gesellt sich dazu geistige und seelische Not. Ganz besonders ist es die furchtbare Geißel der Arbeitslosigkeit und die Angst für den noch Schaffenden, auch eingereiht zu werden in das Arbeitslosenheer, wodurch die Stimmung so vieler Gewerkschaftsmitglieder herabgedrückt wird.

Das wirtschaftliche Unwetter in bisher unbekanntem Ausmaß, bringt Zweifel, ob diesen dunklen Zeiten auch wieder helle Tage folgen, mit etwas Sonnenschein für die Arbeiterschaft. Diese Zeit wirtschaftlicher und geistiger Nöte versuchen die Gegner der Gewerkschaftsbewegung auszunutzen zu einem großen vernichtenden Schlag gegen alles was freie Arbeiterbewegung heißt. Für dieses Ziel wird eine große Propaganda entfaltet. Die Unternehmer der Schwerindustrie, ostelbische Großagrarien, verbohrte Mittelständler, gewesene Fürsten, Prinzen und Generäle liefern die Geldmittel.

Um dieses reaktionäre Vorhaben durchzuführen, sind gelbe und braune Fronten geschaffen. Werk- und Streikbrechervereine werden aufgezogen für den wirtschaftlichen — die nationalsozialistische, sogenannte Arbeiterpartei — für den politischen Kampf.

Die Arbeiterschaft soll wieder in das Joch der Lohnsklaverei gepreßt werden. Die Parole ist wie aus der Unternehmerführer Buek 1890 verkündete:

„Es ist dem Arbeiter deutlich zu machen, daß er als Knecht geboren, auch als solcher sein Leben zu vollbringen hat. Das, was er sich einbildet als seinen rechtmäßigen Arbeitsverdienst zu betrachten, ist eben nur eine ihm in Gnaden gewährte Zuwendung, für die er sich dankbar zu erweisen hat.“

Hinweg mit dem denkenden Arbeiter, es genügt, wenn er glaubt, was der „Herr“ sagt. Etwa auch so: Ich brauche für meinen Pflug drei Ochsen, zwei vor und einen hinter dem Pfluge, und wenn der hinter dem Pfluge gehende rechtzeitig Hott und Hüh sagen kann, ist es genug.

Wo das Denken aufhört, beginnt der Glaube. Große Arbeitermassen und Intellektuelle überwiegend, gebärten sich wie politische Kinder. Glauben an Märchen und Wunderdinge und erwarten vom politischen Giftmischer Hitler und seiner

An die Gewerkschaftsmitglieder!

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Bei der Wahl des Reichspräsidenten geht es um Eure und Eurer Kinder Zukunft, um Sein oder Nichtsein des demokratischen Deutschland, um die Deutsche Republik und ihre Verfassung.

Eure geschworenen Feinde sind die in der „Nationalen Opposition“ zu einem Haßbündnis vereinigten Parteien. So bitter sie sich untereinander befehden, sie haben ein gemeinsames Ziel, ihre unbeschränkte Vorherrschaft auf Eure Knechtschaft zu gründen. Laßt Euch durch ihr Kampfgeschrei gegen Hindenburg und Brüning nicht täuschen. Ihr Ansturm gegen das „heutige System“ richtet sich gegen die deutsche Arbeiterbewegung, ist ein Kreuzzug wider den Sozialismus, gilt der Vernichtung der Gewerkschaften.

Eure Feinde können nur triumphieren durch Eure Zwietracht. Sie müssen zuschanden werden an Eurem einmütigen Willen, der faschistischen Bewegung auf deutschem Boden Halt zu gebieten. Die geschichtliche Stunde ruft Euch auf zu einheitlicher Abwehr.

Wollt Ihr, daß die Not, die diese beispiellose Krise auf Euch häuft, auch noch zu Eurer politischen Entrechtung ausgenutzt wird? Wollt Ihr wieder wie einst der Willkür Eurer Unternehmer ausgeliefert sein? Wollt Ihr, daß an Stelle der Gewerkschaften, die heute Träger Eures Willens sind, willenlose Befehlsempfänger eines faschistischen Staates treten? Wollt Ihr zulassen, daß alle gesetzlichen Sicherungen fallen, die Euch in besseren Zeiten den Weg zur Wiedereroberung Eurer Rechte gewährleisten?

Ihr wollt das nicht, Ihr könnt das nicht wollen!

Der Verschwörung der Kriegshetzer von gestern und heute, dem Ansturm der Feinde Eurer Freiheit müßt Ihr am 13. März die entscheidende Niederlage bereiten. Ihr müßt dem Massenwahn des Faschismus die Kraft Eures unbeirrbar politischen Willens entgegensetzen. Auch die kommunistischen Mitglieder der Gewerkschaften dürfen nicht durch Unterstützung einer aussichtslosen Sonderkandidatur Hitler oder Hugenberg in den Sattel helfen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Wir rufen Euch auf, dem seitherigen Reichspräsidenten Hindenburg Eure Stimme zu geben

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Priesterschar, die das „Dritte Reich“ predigen, alles. Für die Gewerkschaftsbewegung liegt eine große Gefahr vor. Ein Wort Hitlers in dem er sein Ziel klar formuliert, für das „Dritte Reich“ sei jedem denkenden Arbeiter immer wieder gesagt:

„Wir wollen eine Auswahl der neuen Herrschicht, die auf Grund ihrer besseren Rasse das Recht hat zu herrschen und diese Herrschaft über die Arbeitermassen rücksichtslos aufrecht erhält.“

Kennst du das Land, wo die Zitronen blühn... Italien — wo der Faschismus regiert — dies ist das Ideal der Nazibewegung.

Zu guter Stunde hat Günther Stein im „Berliner Tageblatt“ eine sehr eingehende Studie der wirtschaftlichen Herrlichkeiten des Faschismus veröffentlicht: Fast 10 Jahre regiert der Faschismus in Italien. Alle Gewerkschaften, Arbeiterparteien, Konsumvereine, Arbeitersportvereine und die Arbeiterpresse, sind rücksichtslos zerschlagen. Gar nichts ist übrig gelassen. Es gibt keinerlei Wahlen, wo die Arbeiter-

schaft irgendwie ihre Meinung zum Ausdruck bringen kann und zugleich dabei ihre Anhänger zählen. Reinste Willkürherrschaft regiert, ganz wie Hitler es sich wünscht. Die italienische Bevölkerung ist nur zwei Drittel so groß wie in Deutschland. Die Industrie ist viel kleiner und doch wurden im November 1931 878 000 Arbeitslose gezählt. Gezählt werden in dieser Statistik nur die bei den faschistischen Syndikaten eingeschriebenen Arbeiter. Zu beachten ist auch noch, daß in Italien in der Armee und Flotte doppelt so viel Menschen beschäftigt werden als in Deutschland. Außerdem hat Mussolini in der Miliz ein besonderes Heer geschaffen, von dem ein gewisser Teil den Arbeitsmarkt entlastet. Dann sind noch weitere 700 000 Menschen ausgewandert. Italien hat den Krieg nicht verloren, sondern erhebliche Gebiete mit Wertzuwachs gewonnen. Obendrein Reparationen von Deutschland erhalten. Eine offizielle Statistik zählt im Jahre 1926 6000 industrielle Betriebe mit 989 000 Arbeitern; im Oktober 1931 werden 6500 Betriebe gezählt mit 496 000 Arbeitern, also nur noch die Hälfte. Hiervon sind noch 37 Proz. Kurzarbeiter.

Nach amtlichen faschistischen Zahlen, betrug im Oktober 1931 der Durchschnittslohn, Stundenlohn, der dem faschistischen Syndikaten angeschlossenen

Industriearbeiter 1 Lire 91 Centesimi in unserem Gelde 41 Reichspfennig. Im Durchschnitt ist nur für 7 Stunden pro Tag Arbeit vorhanden, also ein Einkommen von 2,87 Mk. pro Tag oder 17,22 Mk. pro Woche.

Die Landarbeiter erhalten 24 bis 32 Pf., die Arbeiterinnen 13 bis 20 Pf. pro Stunde.

Und die Preise? In Mailand kosteten im Januar 1932 die geringsten Qualitäten pro Kilo: Weizenbrot 0,37 Mk., Weizenmehl 0,42 Mk., Teigwaren 0,52 Mk., Kartoffeln 0,18 Mk., Bruchreis 0,27 Mk., Rindfleisch 1,76 Mk., Wurst 3,55 Mk., Zucker 1,36 Mk., Butter 2,62 Mk., Kaffee 6,40 Mk., Milch (1 Liter) 0,26 Mk., Eier (1 Dutzend) 1,52 Mk., Schweinefleisch 2,50 Mk.

Die Miete? Wieder offizielle Zahlen für November. Im Durchschnitt ein Raum (nicht eine Wohnung, Küche gilt als Raum) in Mailand 10,30 Mk., in Rom 20,70 Mk. pro Monat.

Ein einwandfreier Zeuge, Eberlein, der Berichtserstatter des „Berliner Lokalanzeiger“ (Hugenberg-Konzern), schreibt:

Der italienische Arbeitslose bezieht eine Unterstützung von durchschnittlich 40 Pfennig pro Tag. Wie kann er damit auskommen? Fabrikarbeiterinnen, die ständig beschäftigt sind, freuen sich wie Kinder, wenn sie es im Monat auf 30 Mk. bringen. Eine Stenotypistin, die ein Gehalt von 150 Mk. hat, fühlt sich schon als vornehme Dame. Ein möbliertes Zimmer aber kostet, ohne Frühstück, 70 Mk. Und wie ist es möbliert? Ein Eisenbett, eine Kommode, vielleicht noch ein Schrank auf dem Steinboden, selbstverständlich nicht heizbar. Frühstück? In unserem Sinne überhaupt unbekannt. Ein Schälchen schwarzen Kaffees tut es auch. Heizung? In Rom sind sogar die Schulen im Winter nicht geheizt, die Kinder der feinsten Leute sitzen mit klammen Fingern da! Man weiß oft nicht was größer ist, die Bedürfnislosigkeit des Armen in Italien oder die Selbstverständlichkeit, mit der er die uns unbegreiflichen Entbehrungen erträgt. Hat man gar nichts, so geht man halt aufs Feld und rupft sich ein bißchen Grün aus. Ungezählten dienen Schlupfwinkel, die ich nicht beschreiben möchte, als Schlafstätte.

Selbst Mussolini mußte im Herbst 1931 gestehen, daß es in Italien Provinzen gibt, deren Bevölkerung sich monatelang von Wurzeln, Gräsern und Kräutern ernähren muß. Wem gelüftet es da noch nach ähnlichen Verhältnissen in Deutschland?

Dahin, dahin, laß uns ziehen?

Nein! Das darf nicht werden! Daß solch ein Hundeleben das Ideal aller reaktionären Unternehmer ist, scheint verständlich. Wie auch, warum Hitler bei der Schwerindustrie zu Gast ist und diese „Herren“ Mitglied der sogenannten Arbeiterpartei sind. Lug und Trug ist, was Hitler seinen Anhängern vormacht. Wahrheit ist, wie er es selber unbedacht ausgesprochen hat: Ein Zirkusplakat zeigt auch unmögliche Dinge, um die Leute erst einmal in den Zirkus hineinzubringen; was man ihnen dann bietet genügt ihnen schließlich auch. Hitler, ein politischer Zirkusdirektor der Kapitalisten, kann die Dummen dressieren.

Die Gewerkschafter werden den Hammer nehmen und baldigst diesen politischen Zirkus und den damit verbundenen Jahrmärkte zerschlagen und den Platz sauberfegen. Ohne Ausnahme werden alle Gewerkschafter wie Brüder zusammenstehen, sich kameradschaftlich die Hand reichen.

Für jeden freien Gewerkschafter, Frau und Mann, gibt es jetzt nur einen Kampf: „Seid einig, einig, einig! Nieder mit dem Faschismus! In der eisernen Front der Gewerkschaften wird die gemeinsame rote Sturmflagge gehißt!“
K. Kassen-Breslau.

Abwertung

Neben der echten Inflation gibt es auch andere Arten der Senkung des Geldwertes. Eine davon ist das Verlassen des Goldstandards, wozu sich im September 1931 Großbritannien entschloß, um dem weiteren Abzug von Gold nach dem Auslande, namentlich nach Frankreich vorzubeugen und gleichzeitig, um seine stark passive Außenhandelsbilanz zu bessern, das heißt, die Einfuhr zu beschränken und die Ausfuhr zu erweitern. Eine Reihe anderer Staaten, besonders die skandinavischen, folgten diesem Beispiel. Auch in Deutschland, das sich zwischen der französisch-amerikanischen Goldfront und der britisch-skandinavischen Abwertungsfront in einer überaus schwierigen Lage befindet, fräut immer wieder der Vorschlag auf, von der Goldwährung abzugehen, doch haben sich ihm gegenüber die Reichsregierung und die Reichsbank bisher ablehnend verhalten. Auch in Gewerkschaftskreisen ist man einem derartigen Währungsexperiment abgeneigt.

In den Ländern, die sich von der Goldwährung losgesagt, ist die innere Kaufkraft des Geldes bis jetzt nicht wesentlich gesunken, aber der Außen-

wert ihrer Währungen hat bereits eine beträchtliche Einbuße erlitten. Bei einem weiteren Sinken des Außenwertes werden sich zweifellos Schwierigkeiten in der Beschaffung des Zuschußbedarfs an Nahrungsmitteln und Rohstoffen ergeben. Besonders Großbritannien, als ausgesprochenes Industrieland, ist gezwungen, beide in großen Mengen einzuführen — sowohl Nahrungsmittel wie Rohstoffe —, denn die Eigenproduktion ist hier bei weitem nicht ausreichend. Der Zuschußbedarf muß aber mit dem abgewerteten Gelde bezahlt werden, und ein Hinaufsetzen der Preise im Inland wird dann unvermeidlich sein. Die Aufrechterhaltung eines verschiedenen Inland- und Auslandgeldwertes ist auf die Dauer unmöglich. Das innere Preisniveau paßt sich langsam dem gesunkenen Außenwert der Währung an.

Außer dem Aufgeben der Goldwährung überhaupt würde vorgeschlagen, nur den gegenwärtigen Goldstandard zu beseitigen und einen neuen einzuführen, der um etwa ein Fünftel oder ein Viertel geringer sein soll als der derzeitige. Eine solche Abwertung des Geldes soll mit einem Schlag eine entsprechende Ermäßigung der Löhne, der Zinsen und der Preise bringen. Bei ermäßigten Produktionskosten im Inland würden dabei die Unternehmer in der Lage sein, ins Ausland billiger zu verkaufen als die Wettbewerber in Ländern mit nicht abgewerteter Währung. Soweit das Anlaß zu einer Mehrbeschäftigung gibt, käme der Vorteil des gesteigerten Auslandsgeschäfts den Arbeitnehmern ebenfalls zugute. Doch darf nicht vergessen werden, daß bei der derzeitigen Lage des Weltmarktes die Ausweitung des Ausfuhrgeschäfts nicht von sehr großem Umfange sein kann, denn die Aufnahmefähigkeit ist infolge der gesunkenen Kaufkraft überall beschränkt. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts sind seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise im Herbst 1929 bis zum Herbst 1931 die gesamten Außenhandelsumsätze von 48 Ländern der Menge nach um 21 Proz. und dem Werte nach sogar um 43 Proz. zurückgegangen. Wahrscheinlich wird der Rückgang so lange andauern, als die Wirtschaftspolitik auf Schrumpfung eingestellt ist. Das verstärkte Ausfuhrstreben, zu dem die Abwertung der Währung Anlaß gäbe, würde auch zweifellos zu Gegenmaßnahmen des Auslands führen, zu weiteren Zollerhöhungen, Kontingentierungen usw. Bei einer Verkleinerung der Mark wärem mit der Zeit Preissteigerungen ebenso unvermeidlich wie beim Aufgeben der Goldwährung; denn auch Deutschland kann kaum ohne Einfuhr ausländischer Rohmaterialien und Verbrauchsgüter auskommen, deren Preise von der Abwertung der Inlandswährung nicht beeinflußt würden. Wahrscheinlich würden auch sowohl Produzenten wie Händler die Abwertung zu einer Vergrößerung ihrer Gewinnspanne benutzen und die inlandsbedingten Preise ebenfalls hinaufsetzen. Die Preissteigerung aber käme für die Arbeitnehmer einer Senkung der Reallöhne gleich, deren neuerliche Hebung die Ungunst der Wirtschaftslage auf lange Zeit hinaus verhindern würde.

Selbstschutz bedingt eine starke Organisation!

Am 5. März

ist der 11. Wochenbeitrag fällig

Die inneren Schulden würden bei der Verkleinerung der Mark abgewertet werden, die Gläubiger, darunter auch die kleinen Sparer, würden einen Teil ihrer Guthaben verlieren, die Schuldner würden ebensoviel gewinnen. Aus diesem Grunde sind besonders die reaktionären Schichten des Kleinbürgertums, die sich von ihren Zinsen und Schuldenlasten bedrückt fühlen, für Abwertungspläne ebenso leicht zu haben wie für Inflationspläne.

Die Schuldenverpflichtungen dem Auslande gegenüber würden selbstverständlich durch die Markabwertung nicht berührt, Verzinsung und Tilgung der Auslandsschulden würden sogar einen größeren Teil des Nationaleinkommens erfordern als jetzt.

Von den Verfechtern der Abwertung wird behauptet, die Verkleinerung der Mark würde eine Kreditausweitung der Wirtschaft nach sich ziehen, die der durchschnittlichen realen Senkung des Preisniveaus entsprechen würde. Das ist sehr zu bezweifeln. Das Experimentieren mit der Währung wäre vielmehr geeignet, die schon bestehende Vertrauenskrise noch zu verschärfen, die für die Schrumpfung des Kredits in bedeutendem Maße mitverantwortlich ist. Eine Wiederherstellung des Vertrauens — sowohl im eigenen Lande wie international — ist eine der ersten Voraussetzungen für die Beendigung der Zerrüttung der Wirtschaft. Sie vor allem könnte bewirken, daß bereits vorhandene Geldmittel, die ungenutzt liegen, wieder produktive Verwendung finden und dazu beitragen, daß ohne inflatorische oder ähnliche Maßnahmen, deren verhängnisvolle Auswirkungen auf die Lohnempfänger uns noch in Erinnerung sind, eine Erholung der Wirtschaft eintritt.
H. F.

Wochenschau

Ursache der Kriegspychose. Unter dem Eindruck des „nichtoffiziellen“ Krieges zwischen Japan und China fanden in Japan die Parlamentswahlen statt, die einen Sieg der Regierungspartei brachten. Sie erhält 301 Sitze, die Oppositionspartei 149 und die Proletariertspartei 5. Damit ist der Regierungspartei mit 146 Sitzen die Mehrheit gesichert.

Englische Labour Party gegen Japan. Der englische Gewerkschaftskongreß, der Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei und ihre Fraktion fordern von der englischen Regierung ein Vorgehen im Ostasien-Konflikt gegen Japan. Sie soll den Mitgliedern des Völkerbundes und den Unterzeichnern der Friedenspakete nahelegen, nötigenfalls ihre diplomatischen Vertretungen aus Tokio abzurufen. Diese Aktion könnte allerdings verhindert werden, wenn Japan der Weltmeinung zur Verhinderung des Krieges nachkäme. Japan wird dafür verantwortlich gemacht, wenn die Abrüstungen sabotiert und Kriege nicht unmöglich gemacht werden.

Hitlers Bürgerkriegsrüstungen. Die Nazi-Parteileitung hat bei der Verbandstoffabrik Paul Hartmann A.-G. in Heidenheim soviel Verbandpäckchen bestellt, daß diese Firma die Arbeitszeit von 45 auf 52 Stunden pro Woche heraufsetzen mußte und 500 Personen beschäftigen kann. Zur Zeit liegen mehrere Hunderttausende von Bestellungen vor. Der Reichsinnenminister Groener ist aber nach seiner Reichstagsklärung vom 24. Februar noch immer der Meinung, die Nazis seien legal.

Wenn Hitler Reichspräsident wäre... In einer Naziversammlung in Darmstadt erklärte der Nazi-abgeordnete Lenz, daß Hitler, wenn er Reichspräsident würde, nicht lange danach fragte, was möglich oder unmöglich ist. Er würde vielmehr mit Notverordnungen regieren und mit der Reichsexekutive gegen die Länder einschreiten.

Bayrische Volkspartei gegen Nazis. Am 18. Februar nahm die Bayrische Volkspartei in einer Versammlung in München gegen einen eventuellen Staatsstreich Hitlers Stellung wobei erklärt wurde, daß die süddeutschen Länder erbitterten Widerstand und zäheste Verteidigung der Rechts- und Staatsordnung leisten würden.

Großhandelspreise steigen! Nach dem Ausweis des Großhandelsindex sind die Großhandelspreise von 99,6 auf 100 Proz. gestiegen.

Tumult um die Bank für Handel und Grundbesitz. Das Reich hat den 36 000 Einlegern der Bank für Handel und Grundbesitz 30 Proz. ihrer Forderungen als Vergleichsquote geboten. In einer Gläubigerversammlung kam es ob dieser Mitteilung zu Tumulten und der jetzige Vorsitzende, Direktor Scharnberg sollte namens der Bank den Offenbarungseid leisten. Der geflüchtete Bankdirektor Seiffert ist nach wie vor unauffindbar.

Wichtige Reichstagsentscheidungen. Der Reichstag lehnte am 27. Februar mit 289 gegen 264 Stimmen die Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung ab. Weiter wurde beschlossen, daß dem Staate Braunschweig die Polizeikostenzuschüsse zu entziehen seien und der Erlaß des Reichswehrministers, wonach Nazis in die Reichswehr eingestellt werden können, unverzüglich aufzuheben ist. Eine weitere Entschließung wurde angenommen, wonach die Rückgängigmachung des erhöhten Butterzolles gefordert wird. Eine weitere angenommene Entschließung lautet: „Es dürfen keinerlei Maßnahmen getroffen werden, die die Lebenslage der werktätigen Bevölkerung weiter verschlechtern, wie die geplante neue sogenannte „Reform“ der Sozialversicherung, weiterer Abbau der Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung, weitere Erhöhung der Massensteuern und Zölle, Preis-erhöhung und erneute Senkung der Löhne und Gehälter auf irgendwelche Art.“

Brauereiarbeiter

sind Gegner des Bierstreiks

Kommunisten und Nazis befürworten ihn.

Die vom Preisüberwachungskommissar verfügte Bierpreissenkung hat zu einem unheilvollen Durcheinander geführt. Schuld daran ist die Reichsregierung. Sie war nicht einsichtig genug, die unter allen Umständen eintretende Bierpreissenkung durch Herabsetzung der Biersteuer so umfassend zu gestalten, daß von ihr wirklich eine Konsumbelebung erwartet werden konnte. Ein Teil der Gastwirte hat sich daraufhin geweigert, die Bierpreissenkung durchzuführen, angeblich deshalb, weil sie nicht in der Lage sind, den auf sie entfallenden Teil zu tragen. In Hamburg haben sich die Nazis und Kommunisten die so herbeigeführte Mißstimmung zunutze gemacht und die Gastwirte zu einem „Bierstreik“ veranlaßt. Die Versuche, diesen „Bierstreik“ auch auf andere Großstädte zu übertragen, sind mißlungen. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß es den Nazis und Kommunisten gelungen ist, die Gast-

wirte in Berlin zu veranlassen, den Bierausschank einzustellen.

Zu diesem Schritt hat wesentlich eine Ergänzungsverordnung des Preiskommissars beigetragen. Durch diese werden die örtlichen Behörden in die Lage versetzt, etwa entstandene Härten auszugleichen. In Berlin ist dies durch Verfügung des Polizeipräsidenten sofort geschehen. In ihr werden die Gastwirte, soweit sie nicht bereits die Bierpreise gesenkt haben, von der Verpflichtung zur Bierpreissenkung befreit. Gleichzeitig damit hat die Reichsregierung bekanntgegeben, daß die Biersteuer spätestens ab 1. April gesenkt werden würde. Das Ausmaß der Steuersenkung ist amtlich noch nicht bekannt, wahrscheinlich wird die Senkung 7 Mk. pro Hektoliter betragen.

Die Brauereiarbeiter haben gegen die wiederholte Erhöhung der Biersteuer protestiert und für die Herabsetzung der Biersteuer intensiv gewirkt. Sie sind jedoch Gegner des Bierstreiks; denn von ihm werden nur die Brauereiarbeiter betroffen, die bereits durch den Bierabsatz stark in Mitleidenschaft gezogen worden sind. 98 Proz. der Brauereiarbeiter arbeiten kurz. 50 Proz. dieser Kurzarbeiter sind in Hamburg wegen des Bierstreiks entlassen worden. Wieviel davon für immer ihre Arbeitsstelle verloren haben, darüber wird noch zu reden sein. In Berlin sollen angeblich die wenigen RGO.-Leute in den Brauereien den Bierstreik unterstützen. Es ist kaum anzunehmen, daß diese Leute den Ast, auf dem sie sitzen, selbst absägen. Und wenn sie es doch tun, dann werden sie sicherlich zur Einsicht kommen, wenn sie dasselbe Schicksal erleiden wie die Hälfte der Hamburger Brauereiarbeiter.

Mit welcher Demagogie die KPD. versucht, die Gastwirte für den Bierstreik zu gewinnen, zeigen die Forderungen, die von der KPD. formuliert und im Namen der Gastwirte erhoben werden. Verlangt wird, daß die Reichs- und Gemeindebiersteuer, die zusammen 22 Mk. ausmachen, beseitigt werden. Von den Brauereien wird jedoch nur verlangt, daß sie den Bierpreis um 10 Mk. senken. Demnach soll den Brauereien der Steuerrest von 12 Mk. verbleiben.

Die Berliner Gastwirte, die um einen hohen Einsatz, um die Sympathie der Verbraucher spielen, haben sich genau wie in Hamburg von politischen Drahtziehern einfangen lassen. Auch der Berliner Streik richtet sich nicht ausschließlich gegen die Biersteuer, sondern darüber hinaus wird die Beseitigung der Getränkesteuer, Abbau der Lustbarkeitssteuer und anderes mehr gefordert. Die Berliner Lokalkommission der Gastwirte hat in der entscheidenden Versammlung von einem Streik abgeraten.

Die Forderungen der Brauereien decken sich mehr oder weniger mit denen der Gastwirte. Verhandlungen, die mit der Zentraleitung der Gastwirterorganisation geführt wurden, führten zu keinem Ergebnis. Die Bewegung der Gastwirte begann mit einer scharfen Frontstellung gegen die Brauereien, aber bereits am zweiten Streiktag ist es zwischen Gastwirten und Brauereien zu einer gemeinsamen Plattform gekommen.

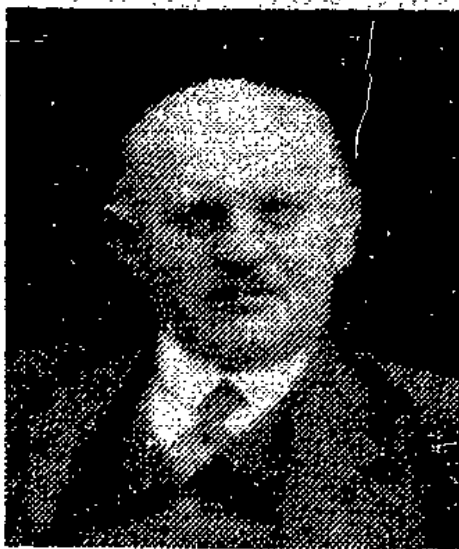
Die ersten Opfer dieses unsinnigen Streiks sind in erster Linie die Brauereiarbeiter. Die Berliner Brauereien haben bereits die Kündigung vorsorglich mit Wirkung zum 4. März 1932 ausgesprochen, von der über 7000 Brauereiarbeiter betroffen werden.

Unsere Stellung zu dem von politischen Drahtziehern inszenierten Streik der Gastwirte haben wir wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß letzten Endes nur die Brauereiarbeiter, das Gastwirtspersonal und in weiterem Sinne die Verbraucherschaft auf das schwerste geschädigt werden. Aus diesem Grunde heraus verurteilen wir diesen Streik aufs schärfste, aus dem die wirtschaftlich Schwächeren als die Geschädigten hervorgehen werden. Die Zentralstreikleitung der Gastwirte hat davor gewarnt, den Streik über das ganze Reich auszudehnen. Schon daraus ist zu erkennen, daß sie diesem politischen Abenteuer nicht mit so großer Siegeszuversicht entgegensehen.

Es handelt sich keineswegs darum, die Konsumenten vor einer Preisübersteuerung zu schützen, sondern die Unternehmergewinne auf Kosten der Arbeiterschaft auf eine sichere Grundlage zu stellen. Als 1927 die Biersteuer pro Hektoliter um 2 Mark erhöht wurde, vollzogen die Wirte in unverschämter Weise durch die Erhöhung um 5 Pfennig für ein Glas Bier einen unerhörten Raub auf die Taschen der Konsumenten. Nirgends hörten wir Stimmen gegen die Erhöhung der Biersteuer. Jetzt glauben sie der Öffentlichkeit weismachen zu wollen, sie leisten ein gutes Werk im Interesse der Arbeiterschaft.

Geradezu komisch wirkt es, wenn sich die Brauereien unter die Botmäßigkeit der Wirte stellen. Natürlich sollen wiederum die Arbeiter die Leidtragenden sein. Auf ihren Rücken sollen durch die Kündigung die Hauptkosten des Streiks abgeladen werden. So sieht die Arbeiterfreundlichkeit der Braukapitalisten aus. Sie haben sich mit ihrer Einstellung selbst entlarvt.

Eugen Junghans



Tatkraft er verstanden hat, unserer Bewegung zu dienen.

Kollege Junghans, geboren am 4. November 1875 in Ober-Rabenstein in Sachsen, erlernte das Braugewerbe und trat in seinen jungen Jahren der gewerkschaftlichen Organisation bei. Bald wurde er Vertrauensmann seiner Berufskollegen in Limbach in Sachsen. In seinem neuen Wirkungskreis in Berlin betätigte er sich wiederum hervorragend bei der Interessenvertretung seiner Berufskollegen. Von 1912 bis 1914 war er Vorsitzender des Arbeitsausschusses der Schultheiß-Betriebe. Welch Gutes er in dieser Vertrauensstelle für die Kollegenschaft geleistet hat, ist noch allen in guter Erinnerung, die mit ihm in enger Verbindung standen.

Auch Junghans wurde während des Krieges zum Militärdienst berufen. Nach Beendigung finden wir ihn wiederum in seinem jugendlichen Eifer an der Spitze der Organisation. Am 1. März 1919 wurde er als Gauleiter beim Verbands der Lebensmittel- und Getränkearbeiter angestellt. Eine gute Auswahl hatte die Organisation damit getroffen. Junghans setzte seine ganze Kraft in erster Linie für die Stärkung und für den ordnungsgemäßen Aufbau der Ortsgruppen in seinem Gau ein. Nicht immer war ihm beschieden, die selbstverständlichen Forderungen und Wünsche der Verbandsmitglieder auf dem Wege der Vernunft durchzuführen. Oftmals mußte darum heiß gerungen und gekämpft werden. Durch seine Energie, seine ständige Tatbereitschaft und das große Vertrauen, das ihm von den Verbandsmitgliedern geschenkt wurde, erreichte er bedeutende Vorteile bei der Regelung der tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Ein hohes Ansehen hat sich unser Freund bei allen Verbandsmitgliedern, die mit ihm in näherer Verbindung standen, errungen. Aber auch in den Körperschaften der Organisation wurden seine sachlichen Vorschläge gewürdigt und sehr oft diente er der Organisation in schwierigen Situationen.

Viel zu früh, erst im 57. Lebensjahr, ist unser Freund von uns geschieden. Sein Wirken und sein Streben für die Organisation wird ihm stets ein ehrendes dauerndes Andenken bei allen sichern. An der am 29. Februar im Zentralfriedhof, Friedrichsfelde, stattgefundenen Beerdigung erwiesen ihm die Gauleiter und Vertreter aus unseren Ortsgruppen und viele Berliner Kollegen das letzte Geleit.

Wir klagen an!

Die Umstellung des „Handwerks“ zum maschinellen Betrieb hat sich im Bäckergewerbe während des Krieges und nachher so rapid vollzogen, daß heute mit drei Gehilfen in 8 Stunden mehr produziert wird als früher mit 4 Gehilfen in 12 Stunden. Die Tagarbeit hat die rationelle Ausnützung besonders ermöglicht, was bei der Nacharbeit ausgeschlossen war.

Ein Blick in die Statistik ergibt eine vollständige Aenderung der Zahl der Beschäftigten. In den Bäckereien waren vor dem Kriege 120 000 Gehilfen und 30 000 Lehrlinge beschäftigt, während heute nur mehr 65 000 Gehilfen und 60 000 Lehrlinge beschäftigt sind. Gerade auf Grund dieser Umwälzung müßten die führenden Innungsmeister schon längst einsehen, daß die Lehrlingszüchtere zu einer katastrophalen Ueberproduktion an Arbeitskräften führen muß. Das Gegenteil ist jedoch geschehen. Es wurden Lehrlingsdezerne errichtet, aber nicht zum Zwecke der Lehrlingsausbildung und Einschränkung der Zahl, sondern um den Lehrlingen eine Blende vor den Augen zu errichten, damit diese den Abgrund nicht sehen, vor dem sie nach Beendigung der Lehrzeit stehen.

Wir klagen die Lehrlingszüchter an, daß sie ein Verbrechen an der Jugend und an den Lehrlingseltern begehen, weil sie ihnen verschweigen, welche schlechten Aussichten der Lehrling nach Beendigung seiner Lehre im Bäckergewerbe hat. Dem Lehrling vorzumachen, wenn er spart, kann er wohlbestallter Meister werden, ist eine Irreführung, die nicht genug gegeistelt werden kann. Ganz falsch ist es jedoch, was man heute so gern zur Ausrede gebraucht: Aus Mitleid wegen den Familienverhältnissen wurde der Lehrling an-

genommen. Jeder Bäckermeister trägt mit der Annahme eines Lehrlings die große Verantwortung, daß er den Lehrling zu einem tüchtigen Gehilfen ausbildet, für dessen Fortkommen im Berufe auch nach der Lehrzeit besorgt ist und den Lehrling nicht zum Sklaven, sondern zum freien brauchbaren Glied der Gesellschaft heranbildet.

Leider muß konstatiert werden, daß wohl 90 Proz. der Lehrlingszüchter von diesen Grundsätzen bei der Annahme eines Lehrlings nicht getragen sind. Der Hauptgrund bildet bei diesen die billige Arbeitskraft, die man nach Herzenslust zu jeder Zeit und zu jeder Arbeit benützen kann. Wenn nun jetzt bei jeder Freisprechung von Lehrlingen Tausende dieser jungen Menschen auf die Straße fliegen, dem Elend überlassen werden, keine Unterstützung erhalten, so ist das ein soziales Verbrechen der Lehrlingszüchter. Wenn bei diesen jungen Arbeitslosen jeder moralische Halt verlorengeht, daraus Verbrecher werden, so haben ein gerüttelt Maß Schuld die Lehrmeister.

Als Mindestforderung müssen wir erheben:

1. Daß nur jene Meister Lehrlinge halten dürfen, die ständig Gehilfen beschäftigen.
2. Daß jeweils nur ein Lehrling gehalten werden darf.
3. Daß der Lehrmeister verpflichtet ist, den Lehrling mindestens ein Jahr als Gehilfen weiterzubeschäftigen; soweit der Ausgelernte keine andere Stelle gefunden hat.
4. Die Gesellenausschußmitglieder bei den Lehrlingsfreisprechungen sowie Lehrlingseinschreibung die Lehrmeister auf ihre Pflichten hinweisen.
5. Unsere Mitglieder die Lehrlinge als Kollegen behandeln, kollegial in der Arbeit unterweisen und sie über die Verhältnisse aufklären.

Wir klagen an, daß die Arbeitsvermittlung der Bäckerinnungen jeder gesetzlichen Bestimmung Hohn sprechen. In den öffentlichen städtischen Arbeitsnachweisen werden seit Jahren Bäckergehilfen überhaupt nicht mehr vermittelt. Alle Vermittlungen gehen durch den Inseratenmarkt der Innungsorgane oder durch die verkappten Vermittlungen der Bäckermeistersöhne-Vereinigungen. Tausende von Mark werden Tausenden von arbeitslosen Bäckergehilfen durch den Inseratenmarkt wöchentlich abgenommen, ohne nur irgendwie eine Stelle zu erhalten. Der arbeitslose Bäckerhilfe muß den Bäckerinnungen noch Tribut bezahlen. Eine kostenlose Arbeitsvermittlung ist und bleibt unsere Forderung.

Die Stellenvermittlung der Bäckermeistersöhne ist in vielen Städten raffiniert ausgebaut. Nicht nur, daß den Arbeitslosen Aufnahmegebühren bis zu 15 Mk. abgenommen werden, sondern man beraubt diese armen Teufel auch noch ihrer staatsbürgerlichen Rechte. Man verlangt von ihnen bei einer Vermittlung den Austritt aus der Organisation. Niemand verwehrt den Bäckermeistersöhnen sich in ihrer Art zu betätigen. Daß sie jedoch ihre Krallen auf die Gehilfen ausstrecken, ist ein unehrliches, gemeines Spiel. Sie erzielen damit den einen Zweck, daß sie als Bäckergehilfen Heloten erziehen, die nur um der Arbeitsvermittlung wegen den Beitrag zahlen, jedoch mit ihrer Ueberzeugung nicht zu ihnen gehören. Der ehrliche Bäckerhilfe, der auf Ehre und Charakter etwas hält, kann sich nicht wie Judas Ischariot mit 15 Silberlingen kaufen lassen.

Wenn die Bäckermeistersöhne glauben, mit charakterlosen Heuchlern dem Gewerbe in der Zukunft zu nützen, so ist das ihre Sache. Sache des Verbandes wird es jedoch sein, gegen diese Art Verrat am Gewerbe einzugreifen. Für sich und den Meister erstreben die Bäckermeistersöhne alle und jede Freiheit sowie gesetzlichen Schutz. Den Gehilfen wollen sie nur ausbeuten, denn wenn er den tariflichen Lohn beansprucht, wird er von ihnen und der Arbeitsvermittlung ausgestoßen. Sie können nur in ihren Vereinen Gehilfen brauchen, die sich unterjochen lassen.

In Tausenden von Bäckereien wird täglich, hauptsächlich in der Provinz, das Nachtbackverbot und das Arbeitszeitgesetz übertreten. 10 000 bis 15 000 Bäckergehilfen könnten mehr beschäftigt werden, wenn die Behörden dem Gesetz Achtung verschaffen würden, oder wird der Zusammenbruch aller sozialen Errungenschaften und Gesetze von diesen Behörden ersehnt? Nur auf private Anzeigen wird gegen die Gesetzesverächter vorgegangen. Erst wenn aus eigenem Antrieb Polizei und Behörden unnachsichtlich dem Gesetze Achtung verschaffen, wird der Profitgier und Ausbeutung ein Riegel vorgeschoben werden. Nur dann wird auch für die Bäckergehilfen und Lehrlinge ein zufriedenstellendes Verhältnis geschaffen, wozu jedoch jeder einzelne selbst in der Organisation mitzuhelfen hat.

Dem großen Ganzen leicht gelingt, was der einzelne nicht fertig bringt.
H. G.

Fleischverbrauch 1931

Starke Zunahme der Schweine- und Haus-schlachtungen.

Durch die 1931 ständig im Steigen begriffene Arbeitslosigkeit und den Schwund der Kaufkraft mußte mit Recht befürchtet werden, daß auch der Fleischverbrauch weiter zurückgeht. Diese Befürchtung war zumindest für das zweite Halbjahr 1931 berechtigt, nachdem feststand, daß in den ersten neun Monaten 1931 der Fleischverbrauch um 70 Gramm pro Kopf der Bevölkerung fiel. Jetzt wird amtlich berichtet, daß gegen Jahresende 1931 der Fleischverbrauch infolge beträchtlicher Preis-senkung wesentlich gestiegen ist. Es mutet einem fast wie ein Kuriosum an, daß pro Kopf der Bevölkerung 1931 50,86 Kilo verbraucht wurden gegenüber 1913 mit 49,49 Kilo und 1930 mit 50,50 Kilo.

Auffallend ist weiter, daß die starke Zunahme des Fleischverbrauches lediglich eine ebenso starke Zunahme der Schweineschlachtungen im Gefolge hatte, während bei den übrigen Tiergattungen nur eine geringe Zunahme zu verzeichnen ist, wenn nicht ein Rückgang. Im 3. Vierteljahr 1931 betrug die Schweineschlachtungen noch 4,56 Millionen Stück und stiegen im 4. Vierteljahr 1931 auf 5,9 Millionen Stück. Diese Zunahme kommt auch in der Gesamtjahresübersicht 1931 mit insgesamt 20,49 Millionen Stück beschaulpflichtig geschlachteter Schweine gegenüber 1930 mit 17,99 Millionen Stück zum Ausdruck. 1913 wurden 16,41 Millionen geschlachteter Schweine gezählt, 1928 19,48 Millionen und 1931 20,49 Millionen. Zunahmen in den Schlachtungen wiesen auch 1931 gegenüber 1930 Ochsen, Bullen und Schafe auf. Bei Kühen, Jungrindern und Kälbern ist ein recht beträchtlicher Rückgang festzustellen.

Für 1931 beträgt der gesamte aus beschaulpflichtigen Schlachtungen ermittelte Fleischanfall 28,60 Millionen Doppelzentner, der größte, der in Deutschland bisher überhaupt beobachtet wurde. Diese Zunahme kommt allein auf das Konto der gestiegenen Schweineschlachtungen. Auch die Haus-schlachtungen sind von 3 940 390 Stück um 1 298 038 auf 4 138 428 Stück gestiegen. Es ist ein unerhörter Zustand, wenn durch Auspunden und Haus-schlachten, also durch den Schwarzhandel dem Fleisbergewerbe auf diese Weise Konkurrenz gemacht wird. Zuletzt sind auch hier wieder die Arbeitnehmer in erster Linie die Leidtragenden.

So erfreulich an sich eine Zunahme des Fleischverbrauches ist, so wenig hat sie sich aber zugunsten der Arbeitnehmer ausgewirkt. Trotz der Verbrauchssteigerung um 1021 675 Doppelzentner ist die Arbeitslosigkeit im Fleisbergewerbe dauernd gestiegen und hat Ende 1931 über 26 000 arbeitslose Fleisbergesellen ergeben. Hier muß noch eine Ursache zugrunde liegen, die zu untersuchen sich lohnt. Trotz erhöhter Verbrauchssteigerung und Konsumbelegung erhöhte sich die Arbeitsmöglichkeit nicht. Vielmehr ist der Zustand festzustellen, daß nicht nur keine Einstellungen erfolgten, sondern im Fleisbergewerbe beträchtliche Entlassungen stattfanden. Die Unternehmer im Fleisbergewerbe haben trotz Umsatzsteigerung nicht dazu beigetragen, die Arbeitslosigkeit vermindern zu helfen, vielmehr entweder durch Arbeitszeitumgehungen bei vermindertem Personal oder durch sonst welche Umstände verstanden, den Mehranfall an Arbeit „bewältigen“ zu können.

Das ist das Fazit der Fleischverbrauchssteigerung, vom Standpunkt der Arbeitnehmer aus betrachtet. Den Unternehmern brachte sie Umsatzsteigerung und Konsumbelegung, den Arbeitnehmern aber vermehrtes Elend. Und dabei wurde noch nie so viel Fleisch in Deutschland verzehrt wie im Jahre 1931! Hier ist ein untrüglicher Beweis, daß im Fleisbergewerbe wie in keinem anderen jeder Art 1931 eine nichtgeahnte Umsatz- und Konsumbelegung, ja Hochkonjunktur geherrscht hat und daß es an der Zeit ist, endlich den Arbeitsmarkt zu entlasten. Was nützt der Ruf nach Arbeit, wenn solche tatsächlich vorhanden ist, aber die Gesellen infolge engstirniger Profitinteressen der Unternehmer nicht arbeiten dürfen?

Schiebung

Wie Hitler deutscher Staatsbürger wurde

Nunmehr ist es gelungen, Hitler über die Hintertreppe in Deutschland einzubürgern. Es liegt offen zutage, daß er keinen Wert auf die deutsche Staatsangehörigkeit gelegt hat, denn seit 1919 wäre Zeit genug gewesen, diese auf normalem Wege zu erlangen.

Es ist noch in aller Erinnerung, daß Frick in Thüringen alle Vorbereitungen getroffen hatte, Hitler zum Gendarmeriekommissar von Hildburghausen zu ernennen. Aber schon vorher war in Erwägung gezogen, Hitler durch Ernennung zum Kunstprofessor an der staatlichen Kunsthochschule in Weimar einzubürgern. Beide Pläne haben zu keinem Erfolg geführt, wahrscheinlich deshalb, weil Hitler sich der Lächerlichkeit dieser Beamtenernennung bewußt war.

Nachdem der Termin der Reichspräsidentenwahl feststand und die sogenannte „nationale Opposition“

sich nicht auf einen Kandidaten einigen konnte, mußte sich Hitler dem Verlangen seiner Anhänger fügen und kandidieren. Gleichzeitig wurden mit Hochdruck die Bemühungen fortgesetzt, für Hitler irgendwo eine Beamtenstelle zu schaffen. Aus Braunschweig winkte die Rettung: Hitler sollte dort Professor der Pädagogik werden. Dagegen haben die Braunschweiger Professoren mit Erfolg Einspruch erhoben. Daraufhin war in Aussicht genommen, daß der Naziminister Klagges in Braunschweig zurücktreten und Hitler seine Stelle einnehmen sollte. Dieser Plan mußte schnell wieder aufgegeben werden, weil es zweifelhaft war, daß der Braunschweigische Landtag dieser Schiebung zustimmt. Auch der Plan, Hitler zum Gesandten Braunschweigs in Berlin zu machen, hat sich nicht durchführen lassen.

Eile tat aber not. Deshalb verfiel man auf den Gedanken, Hitler mit sofortiger Wirkung zum Regierungsrat an der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin zu ernennen. Er soll dort ausschließlich die Interessen der braunschweigischen Wirtschaft vertreten.

Damit ist die Schiebung geglückt und gleichzeitig der Beweis erbracht, daß die Nazis jederzeit bereit sind, Beamten lediglich nach dem Parteibuch, aber nicht auf Grund ihrer Qualifikation zu ernennen. So wie die Professoren in Braunschweig diese Schiebung ablehnten, so wird auch das deutsche Volk am 13. März diese Schiebung ablehnen, indem es mit Hilfe des Stimmzettels verhindert, daß der geschobene Hitler Reichspräsident wird.

Konferenz technischer Leiter im Gau Rheinland-Westfalen

Mitte Februar fand eine von mehr als 60 technischen Leitern der Bäckereien, Fleischereien, Brauereien und Mühlenbetriebe besuchte Jahreskonferenz statt. Gewerbeoberlehrer Klemm behandelte ein äußerst interessantes Thema: „Die Kolloid-Chemie als betriebstechnisches Problem“. In klarer, leichtverständlicher Form erörterte Klemm die Bedeutung der Kolloid-Chemie für die Bäckerei, Brauerei, Fleischerei und stellte an Hand von gut durchdachten Beispielen die Zusammenhänge der Theorie klar. Als jüngster Zweig der Chemie wird sie in nächster Zeit eine Anzahl praktischer Ergebnisse auf diesem Gebiete aufweisen. Die interessanten Darlegungen fanden reichen Beifall. In der Fachzeitschrift „Technik und Wirtschafts-wesen“ wird noch näher darauf eingegangen.

Der Redakteur der fachtechnischen Zeitschrift „Technik und Wirtschafts-wesen“, Kollege Malskies, sprach über „Die Bedeutung der technischen Verbandszeitschriften“. Er wies im besonderen auf die Aufgaben der Gewerkschaften im allgemeinen hin, neben der Erringung besserer Löhne und Arbeitsbedingungen auch fachlich das denkbar Beste zu leisten. Vorzügliche Hilfsmittel sind die von unserem Verband herausgegebenen technischen Verbandszeitschriften. Besonders die technischen Leiter und verantwortlichen Personen in den einzelnen Betrieben sollten sich über die Bedeutung der Fachzeitschriften im klaren sein und die neuesten Ergebnisse der Forschungen kennen. Dieses Wissen vermittelt die fachtechnische Zeitschrift, die im allgemeinen zu den theoretischen wie praktischen Fragen der Zeit Stellung nimmt. Notwendig ist daher, daß die Zeitschriften gelesen und durch Mitarbeit auf Grund der Erfahrungen, die in den einzelnen Betrieben gemacht, interessanter gestaltet werden und so zu einem unentbehrlichen Werkzeug für den technischen Leiter und für den, der es noch werden will, ausgebaut werden.

Anerkanntermaßen leistet unsere Organisation auf dem fachlichen Gebiete Hervorragendes. Auch die geldlichen Aufwendungen sollen durch Vermehrung der Abonnenten sichergestellt werden. Größte Mitarbeit, die im besonderen die in den Zeitschriften erörterten theoretischen Fragen in der Praxis erprobt, ist erforderlich, daneben Kenntnisse der Grundstoffe der zu verarbeitenden Rohmaterialien. Mit einem Appell, in vermehrtem Maße für die technischen Zeitschriften zu werben und im besonderen durch Mitteilung der praktischen Erfahrungen diese Zeitschriften interessanter zu gestalten, schloß Kollege Malskies seine lehrreichen Darlegungen.

In der Diskussion wurde von den Kollegen allgemein die Bedeutung unserer fachtechnischen Zeitschriften einmütig anerkannt und auch zugesagt, mitzuarbeiten, um so praktische Erfahrungen einer größeren Zahl von interessierten Kollegen mitzuteilen.

Unter Allgemeines wurde der Plan der systematischen Erfassung der technischen Leiter in der Nahrungsmittel- und Getränke-Industrie erörtert und für die einzelnen Verbände die entsprechenden Vertrauensleute bestellt. Die Konferenz zeigte allen Teilnehmern durch den starken Besuch, insbesondere aus der Privatindustrie, die enorme Bedeutung unseres Ver-

bandes auch für den technischen Leiter. Hochbefriedigt verließen alle Teilnehmer die Konferenz. Insbesondere wurden anerkannt die hervorragende Behandlung und Pflege durch unsere Essener Ortsgruppe sowie auch durch den Konsumverein Eintracht, der durch Zulassung zur Besichtigung seiner Bäckerei und Konditorei den Kollegen Bäckern und Konditoren den besten Beweis lieferte, daß aus einem älteren Betrieb durch planmäßig und geschickt aufgezogenen Umbau ein moderner, leistungsfähiger, mit allen technischen Neuerungen ausgestatteter Betrieb mit relativ geringen Mitteln geschaffen werden kann. Auch die Fleischwarenfabrik in Altenessen zeigte den Nichtfachleuten und den Fachmännern die Bedeutung und Größe der genossenschaftlichen Zusammenarbeit. Rühmend wurde über das Gesehene berichtet und der Wunsch allgemein geäußert, durch stärkeren genossenschaftlichen Zusammenschluß an dem Ausbau solcher großen leistungsfähigen Betriebe mitzuwirken.

Zusammenlegung der Berufsgenossenschaften!

Forderung der Regierung, Ablehnung der Berufsgenossenschaften.

Durch die Vierte Notverordnung ist die Reichsregierung ermächtigt, zum Zwecke der Konzentrierung eine Zusammenlegung der Berufsgenossenschaften vornehmen zu können. Unsere Stellungnahme ist seit Jahren bekannt. Wir begrüßen die Zusammenlegung nicht nur im Interesse der Berufsgenossenschaften, sondern auch der Versicherten und des weiteren Ausbaues der Sozialgesetzgebung als eine dringende Notwendigkeit. Durch die Zusammenlegung wird nicht nur der Verwaltungsapparat entlastet, auch die Leistungsfähigkeit der Berufsgenossenschaft wird gesteigert und der Ausbau des Berufsgenossenschaftswesens gefördert. Es handelt sich für uns um die Zusammenlegung der Nahrungsmittelberufsgenossenschaften. Hier bestehen noch immer Zwergberufsgenossenschaften, die nur durch eine Verschmelzung gewinnen können. Ähnliche Konzentrationsbestrebungen machen sich auch in anderen Versicherungszweigen bemerkbar zum Zwecke der Leistungssteigerung und Einsparung von unfruchtbaren Verwaltungsausgaben.

Die durch die Reichsregierung bzw. das Reichsarbeitsministerium beabsichtigte Zusammenlegung soll sich auf die Nahrungsmittel-, Fleischerei-, Mülerei- und die Berufsgenossenschaft von 1868 erstrecken, die bereits in einer Sitzung am 18. Februar in Frankfurt a. M. zu dieser Frage Stellung genommen hatten und zum Ausdruck brachten, daß die Verschmelzung abzulehnen sei. Die Fleischerei-Berufsgenossenschaft insbesondere lehnt eine „wahllose“ Zusammenlegung deshalb ab, weil sie mit den Interessen der in der NIB. vertretenen Berufe nichts gemein habe. Sie ist, falls eine zwangsweise Zusammenlegung erfolgen sollte, für eine Berufsgenossenschaft, in der sämtliche dem Fleischer-, Bäcker- und Mülereigewerbe angehörenden Betriebe vertreten sind. Die grundsätzliche Ablehnung wird damit begründet, daß durchaus keine Senkung der Verwaltungsausgaben, die jetzt bei allen Berufsgenossenschaften im Durchschnitt 10 Proz. aller Ausgaben betrage, erzielt werde, die Aufgabe der Selbstverwaltung würde aber eintreten.

Diese angeführten Argumente sind wenig überzeugend. Jeder möchte Herr im eigenen Hause sein. Das darf aber die zuständigen Stellen nicht veranlassen, auf die Durchführung der Notverordnung zu verzichten. Der Reorganisation dieses Versicherungszweiges ist Rechnung zu tragen und nicht solchen engstirnigen, längst überholten Anschauungen.

Wenn wir uns zu einer Zusammenlegung der Berufsgenossenschaften vorbehaltlos bekennen, dann müssen wir unsere früher erhobenen Forderungen auf Mitbestimmungsrecht der Versicherten erneut erheben. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß den Versicherten noch immer das Mitbestimmungsrecht vorenthalten wird. Auch hier sieht die Vierte Notverordnung im fünften Teil unter dem Kapitel „Sozialversicherung und Fürsorge“ II, Abs. 2 wichtige Bestimmungen vor, die ebenfalls gleichzeitig mit der Zusammenlegung der Berufsgenossenschaften zu verwirklichen sind. Jedoch wird auch diese Forderung wiederum auf den stärksten Widerstand der Berufsgenossenschaften stoßen, denn hier sehen sie eine Schmälerung des „Selbstverwaltungsrechtes“. Das darf jedoch den Reichsarbeitsminister nicht abhalten, endlich den Versicherten das Mitbestimmungsrecht einzuräumen.

Schwarzarbeit und Handwerk

Von den Handwerkerorganisationen wird mit größter Lebhaftigkeit die Bekämpfung der Schwarzarbeit aufgerollt. Sogar die Bäckermeister-Zeitungen nehmen dazu Stellung, für die sicher keine Ursache dazu vorliegt. Wir kennen keinen Fall, wo arbeitslose Bäcker oder Konditoren Schwarzarbeit verrichten; denn zu solchen Arbeiten gehören die notwendigen Einrichtungen, die zweifellos keinem Arbeitslosen zur Verfügung stehen. Wir sind daher

erstaunt, wenn immer wieder derartige Artikel in der Bäckermeister-Innungspresse erscheinen.

Es wäre schon besser, auch in diesen Zeitschriften würde der Ursache der zunehmenden Schwarzarbeit nachgegangen werden. Warum besteht Schwarzarbeit? Lediglich deshalb, weil viele tausende, seit langer Zeit arbeitslose Menschen ohne jede Unterstützung im größten wirtschaftlichen Elend dastehen. Es würde niemand einfallen, seinen erlernten Beruf durch Anbieten billiger Arbeitskraft zu schädigen, wenn ihn das Elend nicht dazu treiben würde. Jedoch von den Handwerkerorganisationen wird gegen die unheimlich ansteigende Arbeitslosigkeit nichts unternommen. Sie trotten im gleichen Fahrwasser wie die obere reaktionäre Unternehmerschicht und wenn es sich um Verschlechterung der Tarifverträge handelt, dann sind sicher die Handwerkerorganisationen mit die lautesten Schreier. Je mehr aber die Kaufkraft abgedrosselt wird, um so höher steigt das Heer der Arbeitslosen, um so größer wird das Elend und um so mehr Verelendete bemühen sich, durch Schwarzarbeit sich vor dem Hungertode zu bewahren.

Die Handwerksmeister würden gut tun, wenn sie helfen würden, die Grundursachen, die zur Schwarzarbeit beitragen, zu beseitigen. Daran haben sie aber nicht das geringste Interesse, obwohl wir wiederholt nachweisen konnten, daß auch in den Handwerkerorganisationen Stimmen laut werden, die sich gegen die fortwährende Schwächung der Kaufkraft wenden. Wenn diese Einstellung zutrifft, dann sollte auch die Handwerkerpresse solchen irreführenden Artikeln, wie sie besonders in der letzten Zeit erscheinen, die Aufnahme verweigern. Auch wir sind Gegner der Schwarzarbeit und wir wollen auf breiter Basis Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Es muß erwartet werden, daß uns bei diesen vordringlichen Forderungen auch die Handwerksmeister unterstützen. Wir müssen leider sehen, daß sich diese Kreise bis jetzt immer noch passiv verhalten.

Wer ist mitschuldig an der grossen Arbeitslosigkeit?

Die große Arbeitslosigkeit bei mehr als 6½ Millionen Menschen ist auf die ungünstige Wirtschaftslage zurückzuführen, deren Verschulden die kapitalistische Mißwirtschaft auf ihrem Konto hat. Rechnet man im Durchschnitt auf jeden Haushalt der Arbeitslosen nur drei Familienangehörige, so ergibt sich, daß mehr als 20 Millionen Menschen — das ist zirka der dritte Teil der Einwohner Deutschlands — nicht mehr vom Arbeitsverdienst ihres Ernährers unterhalten werden können. Dazu kommt die große Zahl derjenigen Arbeitnehmer, die in Kurzarbeit stehen und demzufolge vollen Wochenverdienst nicht aufbringen können. So zeigt sich die riesige Not, die auf der Arbeiterklasse lastet. Erst recht lasten Not und Elend auf den vielen Invaliden und Rentenempfängern. Mit ungeheurer Dreistigkeit und Verlogenheit behauptet die kapitalistische Gesellschaft und ihre Presse, daß die Arbeitslosen überhaupt nicht mehr arbeiten wollen, weil sie durch die Arbeitslosen- bzw. Wohlfahrts-Unterstützungen ein gutes Dasein führen. Das ist eine der schlimmsten Kränkungen für alle diejenigen, die lieber heute als morgen das Joch der Arbeitslosigkeit abstreifen und in die Betriebe zurückkehren möchten.

Es gab eine Zeit nach dem Weltkriege, in der immer wieder die Worte erschallten: „Nur Arbeit kann uns retten!“ Niemand hat dieser Behauptung widersprochen. Und dann folgte die Zeit, wo die Reichsregierung den Achtstundentag „von Rechts wegen“ aufhob und dem Unternehmertum zu größerer Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft verhalf. Inzwischen verklang das Schlagwort „nur Arbeit kann uns retten“; es trat das Schlagwort „Rationalisierung der Arbeit“ an seine Stelle. Die Produktion sollte dadurch verbilligt und ihr größerer Absatz verschafft werden. Die Produktion wurde vermehrt, aber nicht verbilligt. Als Folge zeigten sich Absatzstockung, Einschränkung und Stilllegung vieler Betriebe und rapide Steigerung der Arbeitslosigkeit. Als weitere Folge Einschränkung jeglichen Bedarfs, insbesondere auch an Lebensmitteln. Damit trat noch größerer Produktionsrückgang ein und noch größer wurde die Arbeitslosigkeit.

Um der Arbeitslosigkeit zu steuern, forderten die Gewerkschaften die Vierzigstundenwoche auf gesetzlichem Wege. Die Regierung konnte sich dazu nicht entschließen; der Einfluß der Unternehmerorganisationen und des Kapitals war stärker als der der Gewerkschaften.

Noch größere Schuld lastet auf den Arbeitnehmerorganisationen, die sich als gewerkschaftliche Interessenvertretung bezeichnen und deren Führer Tarifverträge abschließen, die mehr als 48stündige, sogar bis 60stündige Arbeitszeit vereinbaren, ohne Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit, und die unsern Verband als Tarifkontrahenten ausschließen wollen oder ihm Zwang auferlegen möchten, solche Tarifverträge gleichfalls zu unterzeichnen. Der Deutsche Fleischergehilfenbund, der dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsring angeschlossen ist,

um überhaupt tariffähig zu sein, trägt zur Verlängerung der Arbeitszeit bei. Der Gewerkschaftsring duldet aber auch diese Handlungsweise, obwohl er selbst für die 40-Stunden-Woche eintrat.

Von den 26 000 arbeitslosen Fleischergehilfen könnten mehrere Tausend in Arbeit stehen, wenn der Achtstundentag korrekt eingehalten würde. Alle diejenigen sind mitschuldig, die nicht den Mut aufbringen, die gesetzliche bzw. tarifliche Arbeitszeit einzuhalten, die tägliche Ueberstunden mit und ohne Bezahlung leisten. Es sind diejenigen, die nicht genug schimpfen können auf „die anderen“, wenn sie selbst arbeitslos sind.

Es sollte sich jeder die Frage vorlegen, inwieweit er selbst mitschuldig ist an der großen Arbeitslosigkeit.

40 Jahre Treue zum Verband



August Gottschalk
Böttcher, Hannover
Eingetreten 19. 3. 1887

Friedrich Hamer
Böttcher, Hamburg
Eingetreten 10. 1. 1886

Gustav Eckmann
Böttcher, Hamburg
Eingetreten 1. 2. 1886



Hermann Walkertling
Böttcher, Hannover
Eingetreten 6. 8. 1888

Eduard Brekau
Müller, Leipzig
Eingetreten 1. 3. 1890

Josef Götz
Küfer, Mainz
Eingetreten 18. 11. 1889

keit, und seither Verabsäumtes unterlassen im Interesse seiner Mitmenschen. Jeder kennt das Sprichwort: „Einigkeit macht stark“, jeder sollte auch danach handeln. Zu finden ist die Einigkeit im Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter.

Der Technik Fluch oder Segen?

Je mehr die Arbeitslosigkeit sich ausbreitet, desto mehr beginnen sich die Menschen Gedanken darüber zu machen, ob die Technik ein Fluch oder ein Segen für die Menschheit sei. Die Maschine, die viele Arbeiter brotlos macht und sie vielleicht für immer aus dem Produktionsprozeß ausschaltet, kann trotz ihrer vorzüglichen Eigenschaften zum Gegenstand des Hasses werden. Doch sollten wir uns über all diese Dinge ein objektives Urteil bewahren. Es genügt nur, der Technik Segen allen zuteil werden zu lassen. Der bekannte Techniker Exzellenz Dr.-Ing. Oscar von Miller deutete in seiner Rede, mit der er das Wintersemester im Haus der Technik in Essen eröffnete, an, wie die Technik allgemein wieder zur Wohltäterin der Menschheit werden könnte. Wir veröffentlichen daraus folgende bemerkenswerte Stelle:

„Trotz all ihrer Wohltaten für die Menschheit wurde die Technik immer angefeindet. Sie hat nämlich die Eigenschaft, daß sie Menschenarbeit entbehrlich macht. Schon die ersten Spinnmaschinen versuchte man deshalb zu zerschlagen; das war ebenso unsinnig, als wollte man den Apfelbaum abhauen, weil er die Früchte mit weniger Arbeit liefert als ein Kartoffelacker. Jetzt sind wir wieder in einer Periode, in der die Menschen Angst vor der Technik

haben. Aber die Technik ist gewiß nicht schuld an den jetzigen Verhältnissen. Schuld ist vielmehr, daß die Menschen den Fortschritten der Technik auf anderen Gebieten nicht schnell genug folgen konnten, wie z. B. mit ihren sozialen Anschauungen und ihrer finanzwirtschaftlichen Organisation. Die Technik lehrte zwar Werte zu schaffen, aber niemand lehrte den Menschen, sie richtig zu verteilen. Was man Ueberproduktion nennt, besteht darin, daß die Technik mehr leistet, als die Menschen momentan gebrauchen können. Eine wirkliche Ueberproduktion wäre erst dann zu befürchten, wenn einmal alle Menschen gute Nahrung hätten, alle warm und hübsch gekleidet wären, alle eine Wohnung hätten, die ihnen eine Heimat wäre. Zur Bekämpfung der vorübergehenden Ueberproduktion genügen nicht die bisherigen Mittel. Es hilft nicht viel, wenn man den Menschen sagt, sie sollen ihre Bedürfnisse einschränken. Den Verbrauch erhöhen und die Menschenarbeit einschränken, das sind die einzigen Möglichkeiten. Davor hat man eine furchtbare Angst. Die Einschränkung der Menschenarbeit erfolgt ja tatsächlich, aber so planlos, daß man Arbeitswillige auf die Straße setzt und ihnen dann Unterstützung zahlt. Ich glaube, man kann die Menschenarbeit viel planmäßiger einschränken. Das wäre kein Unglück. Statt der 10-, 12- und 14stündigen Arbeitszeit sind wir jetzt mit einem kürzeren Arbeitstag gut ausgekommen... Will man die Arbeitszeit nicht einschränken, so kann man sich auch dadurch helfen, daß man die freien Tage vermehrt. Früher war in dem katholischen Süddeutschland alle 14 Tage ein Feiertag, oft fielen mehrere zusammen, das waren glückliche Zeiten!“

Wären diese Gedanken Allgemeingut aller Bevölkerungsschichten, dann brauchten wir uns nicht über die Frage zu streiten, ob die Technik ein Segen oder ein Fluch für die Menschheit ist. Sie wäre dann in der Tat die größte Wohltäterin der Menschheit.

Krankenversicherung Arbeitsloser

Nach § 117 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist jeder Arbeitslose während des Bezuges der Hauptunterstützung gegen Krankheit pflichtversichert. Schon seit Bestehen der Versicherung bestanden Zweifel darüber, ob diese Krankenversicherung auch besteht, wenn der Arbeitslose aus irgendeinem Grunde keine Unterstützung bezieht. Waren diese Zweifel früher nur in Einzelfällen angebracht, so liegen die Dinge jetzt anders. Durch die verschiedensten, im Gesetz verankerten, Anrechnungsbestimmungen kommt es heute ziemlich häufig vor, daß der Arbeitslose die ihm eigentlich zustehende Unterstützung nicht erhält. In derartigen Fällen „ruht“ dann die Unterstützung. Infolge der Mehrung dieser Ruhensfälle ist heute die Frage um so mehr berechtigt, ob der Arbeitslose während dieses Ruhens den Schutz der Krankenversicherung genießt oder nicht. Die Rechtsprechung hat sich zu wiederholten Malen mit dieser Streitfrage beschäftigt. Ähnlich ist die Rechtslage dann, wenn der Arbeitslose während des Laufs einer verhängten Sperrfrist keine Unterstützung erhält. Erwähnt sei, daß auch diese Fälle jetzt mehr vorkommen als früher. In einer Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 12. März 1930 heißt es: „Die Krankenkasse kann auf Grund der im Gesetz festgelegten Vorschriften keine Beiträge beanspruchen für Zeiten, für die dem Arbeitslosen die Arbeitslosenunterstützung gesperrt wurde.“ Einen ähnlichen Standpunkt hat das Reichsversicherungsamt auch in einer Entscheidung vom 23. Januar 1931 eingenommen. Trotz dieser Entscheidungen, die ja immer nur Einzelfälle betrafen, tauchten in der Praxis immer wieder Zweifelsfragen auf. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung sah sich deshalb veranlaßt, in einem besonderen Erlaß vom 10. Dezember 1931 diese Zweifel und Meinungsverschiedenheiten zu klären. Es heißt in demselben:

„Die Praxis sieht sich häufiger vor die Frage gestellt, ob beim Ruhens der Arbeitslosenunterstützung auf Grund der Anrechnungsvorschriften des § 112a AVAVG. der Arbeitslose noch im Bezug der Unterstützung steht und vom Arbeitsamt gemäß § 117 Abs. 1 AVAVG. gegen Krankheit versichert werden muß. Der Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung hat bereits in einer Entscheidung zu § 129 AVAVG. den Grundsatz aufgestellt, daß Beiträge auf Grund des § 129 Abs. 1 AVAVG. nicht zu entrichten sind, solange der Arbeitslose infolge der Anrechnung von Bezügen gemäß § 112a AVAVG. keine Hauptunterstützung bezieht. Desgleichen hat der Senat noch jüngst in der Sitzung vom 4. Dezember 1931 in einer noch nicht veröffentlichten Entscheidung ausgesprochen, daß ein Bezug der Hauptunterstützung im Sinne von § 103 Abs. 3 AVAVG. nicht vorliegt, solange die Wartezeit nicht abgelaufen und daher dem Angehörigen die Arbeitslosenunterstützung noch nicht zu zahlen ist. Vorbehaltlich einer Entscheidung im Spruchverfahren bin ich der Auffassung, daß kein Grund vorliegt, unter dem „Bezug der Hauptunterstützung“ in § 117 etwas anderes zu verstehen als in § 129 oder § 103 Abs. 3 AVAVG. Der Herr Reichsarbeitsminister hat in einem Bescheid an die Reichsknappschaft vom 21. November 1931 — IVa 15, 460/31 — die gleiche Auffassung vertreten.“

Bekanntmachungen des Vorstandes

Nachdruck der Satzungsänderungen. Die zu § 40 erfolgte und am 1. Oktober 1931 in Kraft getretenen Satzungsänderungen (siehe „Einigkeit“ Nr. 40/31) und die zu 44 erfolgte und am 1. Februar 1932 in Kraft getretenen Satzungsänderungen (siehe „Einigkeit“ Nr. 2/32) sind als Nachtrag zum Statut gedruckt worden. Diese Satzungsänderungen kommen zum Versand und können von den Mitgliedern bei den Ortsgruppenvorständen in Empfang genommen werden.

Gesucht wird Georg Stübinger, Böttcher, geboren am 25. März 1902 in Kulmbach, eingetreten am 31. Mai 1919 in Kulmbach. Seine Adresse ist dem Verbandsbüro in Trier, Dietrichstraße 8, mitzuteilen.

Ausschlüsse: Auf Antrag der Ortsgruppe Hamburg werden Fritz Schoen, Kraftfahrer, geboren am 4. Januar 1899 in Königsberg, Buchnummer 248 244, und Carl Delfs, Kraftfahrer, geboren am 7. September 1893 in Hamburg, Buchnummer 325 404, wegen Verbandschädigung ausgeschlossen.

Auf Antrag der Ortsgruppe Leipzig werden Johann Bossler, Brauer, geboren am 10. September 1904 in Krottensee, Buchnummer 283 259, und Ferdinand Reiß, Müller, geboren am 10. Juni 1878 in Frankenau, Buchnummer 301 310, wegen Verbandschädigung ausgeschlossen.

Auf Antrag der Ortsgruppe Heilbronn wird Konrad Erb, Bäcker, geboren am 6. Oktober 1897 in Taldorf, Buchnummer 45 337, wegen Verbandschädigung ausgeschlossen.

Warnung. In Nr. 47/31 der „Einigkeit“ wurde vor dem Brauer Ernst Buchner, geb. am 16. August 1906 in Salzburg, gewarnt. Buchner versucht neuerdings wieder, bei den Ortsgruppen Lokalunterstützung zu ergaunern. Buchner ist nicht mehr Mitglied. Es darf ihm auf keinen Fall Unterstützung irgendwelcher Art gezahlt werden. **Der Verbandsvorstand.**

Eingänge bei der Hauptkasse

Von 19. Februar bis 25. Februar 1932.
Postscheckkonto der Hauptkasse: Berlin 120 79, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.

- Ortsgruppen:**
Neuteich 70,—, Fassau 121,60, Uetersen 120,—, Zweibrücken 200,—, Bielefeld 41,—, Gießmansdorf 150,—, Berlin 31,20, Saalfeld 20,—, Cuxhaven 21,46, Zwickau 28,32, Radolfzell 200,—, Münster 500,—, Dessau 25,65, Gera 1196,91, Gleiwitz 2640,68, Görlitz 2143,85, Halberstadt 2236,77, Halle 6989,10, Heilbronn 1514,25, Kiel 3997,50, 500,—, Magdeburg 221,80, Nürnberg 2481,46, Oldenburg 1800,—, Stendal 744,25, Stettin 7990,50, Ulm 750,—, Zwickau 1927,36, Karlsruhe 7339,75, Lübeck 2554,73, Gießen 300,—, Lübbeck 100,—, Kottbus 28,64, Bautzen 311,19, Dniburg 4199,54, Essen 5518,40, Frankfurt a. M. 5935,09, Hannover 5332,40, Kassel 1340,—, Krefeld 2756,66, Mainz 11 832,23, Marne 15,27, Münster 83,50, Solingen 2200,—, Trier 2400,88, Wuppertal 5802,38, Goslar 50,—, Löbau 300,—, Wittenberg 200,—.
- Sonstiges:**
Berlin 282,45, 0,75, Stendal 1,20, Neustadt a. d. Haardt 5,90, Berlin 2018,10, 44,22, Bremen 52,80, Hamburg 1,20, Stollberg 1,80, Hannover 134,40, Borsdorf 0,50, Leipzig 37,40, Offenbach 1,50, Köln 1,75, Harburg 4000,—, Berlin 67,55, 230,—, Lübeck 2,10, Berlin 73,67, Uetersen 5,40.

Korrespondenzen

Berlin. (Wahlkurse für Fleischer.) Die seit 1926 von der Berufsschule für das Nahrungsgewerbe durchgeführten Wahlkurse für Fleischer erfreuen sich ständig steigender Beliebtheit. In diesem Winterhalbjahr laufen 11 Kurse mit 311 Teilnehmern, worunter sich 113 weibliche befinden. Die nächsten Kurse beginnen am Montag, dem 4. April und finden in der Zeit von 20 bis 22 Uhr statt. Behandelt werden folgende Gebiete: 1. Vorbereitungen auf die Meisterprüfung (Montag und Donnerstag), 2. Vorbereitung auf die Gesellen- und Mamsellprüfung (Montag), 3. Buchführung für das Fleischergerber (Donnerstag), 4. Uebungen im Plakatschreiben für das Schaufenster, a) Anfänger (Donnerstag), b) Fortgeschrittene (Montag). Die Anmeldungen können ab 1. März in den vier ersten Tagen jeder Woche von 8 bis 12 Uhr im Schulhaus, Friedrichstraße 126 erfolgen. Das Schulgeld beträgt für den Meisterkurs 8 Mk., für jeden anderen Kursus 4 Mk. für das Halbjahr. Bei Bedürftigkeit (Arbeitslosigkeit) gewährt die Stadt nach Möglichkeit Gebührennachlaß. Die Aufnahme zu einem Kursus erfolgt nach der Reihenfolge der Meldungen, bei denen gleichzeitig das Schulgeld zu entrichten ist.

Bielefeld. Jede sich irgendwie bietende Gelegenheit muß dazu herhalten, um die Funktionäre der Arbeiterbewegung mit Dreck zu besudeln. Das ist der Kampf, wie wir ihn von der sogenannten RGO. seit ihrem Bestehen nicht anders kennen. Eine bei der Firma Oetker beschäftigte unorganisierte Kollegin ist vermutlich, weil sie wegen Mitnahme einiger Päckchen Soßenpulver die Entlassung befürchtete, freiwillig aus dem Leben geschieden. Diese menschlich bedauerliche Angelegenheit bietet der RGO, die in diesem Betriebe ohne jeden Einfluß ist, Gelegenheit, von außen her durch ein sensationell aufgemachtes Flugblatt neben Angriffen auf die Betriebsleitung auch den freigewerkschaftlichen Arbeiterrat mit Dreck zu besudeln, um dann im Anschluß daran die RGO. aufs wärmste zu empfehlen. Demgegenüber steht fest, daß der Arbeiterrat nach bestem Können und mit gutem Erfolg die Interessen der Kolleginnen und Kollegen in allen Dingen wahr. Auch in solchen Fällen ist es schon dem Betriebsrat gelungen, erfolgreich tätig zu sein. Betriebsrat und Betriebsleitung sind sich in ähnlichen Fällen schon einig gewesen, daß Entlassungen nicht immer in

Dieser Erlaß, der wieder einmal in dem üblichen Amtsdeutsch abgefaßt ist, dürfte für die Versicherten schwer verständlich sein. Es geht aus demselben hervor, daß das Arbeitsamt den Arbeitslosen nur dann gegen Krankheit zu versichern braucht, wenn dieser die Hauptunterstützung wirklich ausgezahlt erhält. In allen anderen Fällen, in denen die Unterstützung aus irgendwelchen Gründen (Anrechnung von Verdienst, Verhängung einer Sperrfrist usw.) nicht zur Auszahlung gelangt, besteht auch keine Krankenversicherungspflicht. Der Arbeitslose ist also während dieser Zeiten nicht Kassenmitglied. Es bedarf wohl keines besonderen Hinweises, daß diese Auslegung und Auffassung für die Arbeitslosen erneut eine Verschlechterung darstellt. Erwähnt sei, daß in den Zeiten nicht nur die Krankenversicherung nicht besteht, sondern daß auch in denselben vom Arbeitsamt keine Beiträge zur Invalidenversicherung entrichtet werden. Wollen die Arbeitslosen ihre Rechte wahren, so bleibt ihnen weiter nichts übrig, als sich in solchen Zeiten freiwillig zu versichern. Kl—s.

Ein unhaltbarer Zustand

Genf empfiehlt 40-Stunden-Woche, und Deutschland...

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes beschäftigte sich, wie wir bereits mitteilten, mit der Frage der 40-Stunden-Woche und stimmte mit 15 gegen 3 Stimmen einer Entschließung zu, wonach die 40-Stunden-Woche die einzig erträgliche Arbeitszeitgrenze darstelle. Es kommt in dieser Resolution weiter zum Ausdruck, daß das IAA. für eine zwischenstaatliche Regelung dieser Frage eintreten würde, weil ein internationales Übereinkommen auf dem bürokratischen Wege viel zu viel Zeit in Anspruch nehme. Damit hat das IAA. erfreulicherweise eindeutig zur Frage der 40-Stunden-Woche Stellung genommen und ist zu der gleichen Auffassung wie die Gewerkschaften gekommen, daß nämlich die Ein- und Durchführung der 40-Stunden-Woche eine auf dem schnellsten Wege notwendige Maßnahme ist. Gleichzeitig ist auch der Weg zur Einführung der 40-Stunden-Woche auf internationaler Grundlage freigemacht.

Obwohl seit der Stellungnahme des IAA. zur 40-Stunden-Woche bereits wieder einige Wochen ins Land gegangen sind und die „große“ Notverordnung der deutschen Regierung die Einführung der 40-Stunden-Woche ermöglicht, bleibt alles beim alten. Der Reichsarbeitsminister hat die Entscheidung vorerst vertagt, obwohl er mehr als einmal sagte, daß er „nach wie vor“ eine Verkürzung der Arbeitszeit für dringend notwendig halte. Ein Skandal, daß diese wichtige Frage angesichts von 6 Millionen Arbeitslosen noch immer unerledigt ist. Als die Forderungen zur Einführung der 40-Stunden-Woche immer lauter wurden erklärte der Reichsarbeitsminister: „Wann die Arbeiten für eine behördliche Arbeitszeitverkürzung wieder aufgenommen werden, wird von den Auswirkungen der Notverordnung, insbesondere hinsichtlich der Preisgestaltung, und von der weiteren Gestaltung des Arbeitsmarktes abhängen.“ Ueber die „weitere Gestaltung des Arbeitsmarktes“ besteht kein Zweifel mehr und es ist höchste Zeit, endlich die 40-Stunden-Woche einzuführen. Bei der täglich weiter steigenden Arbeitslosigkeit ist mit einer Massenarbeitslosigkeit auf lange Sicht zu rechnen. Überall nehmen die Entlassungen zu und Einstellungen erfolgen so gut wie gar keine. Es gibt sogar Betriebe und Unternehmer genug, die skrupellos sind und von der Belegschaft Ueberstunden verlangen. Mit Recht bemerkt die „Gewerkschafts-Zeitung“ des ADGB.: „Noch immer kann gerade Verkürzung der Arbeitszeit ein Mittel sein, einer großen Zahl von Arbeitslosen wieder Lebensmut zu geben. Es ist unverständlich, daß sich das Arbeitsministerium, resp. die Reichsregierung immer noch gegen einen Schritt sträubt, der infolge der strukturellen Wandlungen unseres Arbeitsapparates eine zwingende Voraussetzung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist.“

Hitler, ein Feind der Gewerkschaften

Er bezeichnet klassenbewußte Gewerkschafter als — Auswurf!

Die Nazis haben ihr Firmenschild als „Arbeiterpartei“ deshalb so deklariert, um des Zulaufs der Arbeiterschaft sicher zu sein. Das hindert sie aber nicht, streng kapitalistisch-reaktionäre Interessen zu vertreten, was ja auch nicht anders sein kann, da ihre Geldgeber ausschließlich schwerreiche Kapitalisten sind. Jetzt sind die Nazis dabei, unter Betonung des gewerkschaftlichen Charakters in den Betrieben sogenannte Betriebszellen aufzuziehen, die später zu nationalkapitalistischen Gewerkschaften ausgebaut werden sollen. Gleichzeitig bemühen sich die Nazis, dem Unternehmertum auseinanderzusetzen, daß sie gar nicht daran denken, etwa so wie die freien Gewerkschaften bisher zielbewußte und fruchtbringende Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Das nimmt nicht wunder, wenn man Hitler selbst über seine Meinung, was er von den Gewerkschaften hält, hört, wie er sie in seinem Buche: „Mein Kampf“ niedergelegt hat. Er sagt wörtlich:

„Meine Kenntnisse der gewerkschaftlichen Organisation waren damals (als er noch Maler war, d. R.) noch gleich Null. Weder die Zweckmäßigkeit noch die Unzweckmäßigkeit ihres Bestehens hätte ich zu beweisen vermocht. Da man mir erklärte, daß ich eintreten müsse, lehnte ich ab. Ich begründete dies damit, daß ich die Sache nicht verstehe, mich aber überhaupt zu nichts zwingen lasse.“

Als Hitler dann erfahren mußte, daß seine Arbeitskollegen nicht willens waren, mit ihm als Unorganisierten zusammenzuarbeiten, mußte er die Arbeitsstelle verlassen und dazu bemerkt er, daß er „von Ekel erfüllt war“ und fragte sich, ob „dies noch Menschen, wert einem großen Volke anzugehören“ seien und bezeichnet sie als „Auswurf“.

Das ist der „große Arbeiter“führer Hitler, der sich selbst niemals gewerkschaftlich organisierte und als seine Arbeitskameraden sich weigerten, mit ihm weiter zusammenzuarbeiten, er sie einfach als „Auswurf“ bezeichnete. Damit ist Hitlers Weg genügend gekennzeichnet! Aus seiner Abneigung gegen die Arbeiterschaft stellte er sich zu ihr wie ein wildgewordener Spießher und wurde ihr geschworener Feind! Sieht so ein richtiger „Arbeiterführer“ aus?

Aufstieg der Molkereigenossenschaften

Der Milchabsatz und deren Verarbeitung ist eine Organisationsfrage. Die Kriegs- und Nachkriegszeit haben bewiesen, daß ein planmäßige Absatzregelung Platz greifen muß, wie diese leichtverderblichen Produkte es erfordern. Die milcherzeugende Landwirtschaft wendet sich gegen das Reichsmilchgesetz, besonders gegen den § 38. Nach diesem können die obersten Landesbehörden nach Anhörung der gesetzlichen Berufsvertretungen der beteiligten Wirtschaftskreise erzeugender Betriebe sowie milchbe- und verarbeitende Betriebe zur Regelung der Verwertung und des Absatzes von Milch und Milcherzeugnissen zusammenschließen.

Vom Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften „Raiffeisen“ e. V. wird berichtet, daß die Zahl der Molkereigenossenschaften ständig im Aufsteigen begriffen sei. Im Jahre 1931 erfolgten 251 Neugründungen; aufgelöst wurden 42, so daß am Ende des Jahres ein Gesamtbestand von 4956 eingetragenen Molkereigenossenschaften zu verzeichnen war. Nach den neueren statistischen Erhebungen sind von deren Betrieben im Jahre 1931 etwa 6 Milliarden Liter Milch verarbeitet worden, das sind 27 Proz. der deutschen Milchproduktion. Ferner wird darauf hingewiesen, daß die Bewegung zur Herstellung von Markenmilch und Markenbutter weiter ausgedehnt worden sei. Erforderlich sei außerdem, daß die Milch vom Hofe des Erzeugers ab über die Molkerei bis zum letzten Verbraucher sachgemäß behandelt werden müsse, um Qualitätsware zu erzeugen.

Das Brot wird teurer

Eine der ersten Taten des Preiskommissars war, die Vereinbarung mit den Bäckermeisterorganisationen zur Herabsetzung des Brotpreises. Es ist ihm auch gelungen, nachdem er die Erklärung abgab, daß eine Steigerung des Mehlpriees unbedingt vermieden werden muß. So wurde beispielsweise in Berlin der Preis für das 1250-Gramm-Brot von 47 Pf. auf 45 Pf. gesenkt, was einer Bruttospanne von 14 Pf. gleichkam. Inzwischen ist jedoch die Zusage des Preiskommissars nicht eingetroffen. Durch das untätige Verhalten des Reichsernährungsministers zogen seit dieser Zeit die Roggenpreise wieder stark an. Ende Dezember betrug der Mehlpriees an der Berliner Börse pro Zentner 22,50 Mark bis 27,60 Mark. Nach den letzten Notierungen wurde ein Mehlpriees von 28,50 bis 29,50 Mark festgestellt. Dadurch ist die Bruttospanne von 14 Pf. verwischt worden und die Unternehmer im Bäckergerber können davon ihre Unkosten nicht mehr bestreiten.

In Berlin haben die Bäckermeister in ihrer Organisation beschlossen, den Preis für das 1250-Gramm-Brot wieder auf 47 Pf. zu erhöhen. Diese Maßnahmen zeigen uns erneut, daß die Bemühungen des Preiskommissars so lange zwecklos bleiben, als von der Regierung die seitherige Zollpolitik auf lebenswichtige Produkte beibehalten wird. In Regierungskreisen scheint man diese Einsicht noch längst nicht zu haben. Wirkt es nicht grotesk, daß in einer Zeit, in der das Lohn Einkommen durch das Notverordnungsdiiktat stark gesunken ist, kein Ausgleich im Lebensstandard geschaffen werden kann, und sogar noch eine Verteuerung des wichtigsten Nahrungsmittels Brot eintritt? Wie lange wird die Regierung noch tatenlos dieser Erscheinung zusehen und wie lange wird sie noch an ihrer preissteigernden Zollpolitik festhalten? Bei Drucklegung dieser Nummer hat Reichskommissar Goerdeler die Heraussetzung des Brotpreises verboten.

Frage kamen. Es wäre vielleicht auch in diesem Falle möglich gewesen, eine Entlassung war in dem Falle noch nicht erfolgt, auch hatte die Betriebsleitung mit der betreffenden Kollegin noch nicht gesprochen. Die Erregung bei den Kolleginnen und Kollegen gegen die in diesem Flugblatt enthaltenen Verleumdungen und gegen diese Art der Hetze ist so stark, daß die gewissenlosen Drahtzieher genau das Gegenteil erreicht haben, was sie wollten.

Darmstadt. (Ausklang der Verbandsarbeit 1931.) Die Generalversammlung wies einen sehr guten Besuch auf und wählte nach Erstattung des Geschäftsberichtes den bisherigen Ortsgruppenvorstand und die Revisoren wieder. Nach einer Ehrung der im Laufe des Jahres von uns gegangenen Kollegen und verdienten Führer der Arbeiterschaft gab Kollege Schäfer einen Rückblick auf das Jahr 1931. Er bezeichnete das Jahr 1931 mit Recht als das Jahr der Notverordnungen, wodurch das Wirtschaftsleben fast zum Erliegen kam und die Zahl von sechs Millionen Arbeitslosen erreicht wurde. Die Unternehmer kannten keine Grenzen ihrer reaktionären Forderungen, der Ansturm auf Beseitigung des Nachtbackverbotes setzte mit aller Schärfe ein und die erhöhte Biersteuer und Einführung der Getränkesteuer hat den Bierabsatz der Brauereien noch weiter verschlechtert. Durch die wirtschaftlichen Verhältnisse entwickelte sich eine rege Versammlungs-, Verhandlungs- und Schlichtungstätigkeit und mußte auch in sehr vielen Fällen die Entscheidung der Gerichte in Anspruch genommen werden. Die Mitgliederbewegung wies zwar einen geringen Rückgang auf, konnte später aber wieder ausgeglichen werden. Die Zusammenarbeit mit den Funktionären und Betriebsräten war eine sehr gute. Nachdem die Neuwahlen des Vorstandes erfolgt waren, wurden die Jubilare Göbel, Böhm, Maag, Jüdt, Bauer und Scheuenstuhl geehrt und die Anwesenden durch den Vorsitzenden zum geschlossenen Eintritt in die „Eiserne Front“ aufgefordert.

Köln a. Rhein. (Steigende Arbeitslosigkeit.) In den rheinischen Industriestädten ist auch in unseren Berufsgruppen eine stark ansteigende Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Vom Ende des Jahres 1931 bis zum 1. Februar stieg die Zahl der Arbeitslosen im Bäcker- und Konditorgewerbe von 712 auf 766, die der Fleischer von 217 auf 236 und die der Arbeiterinnen in der Süßwarenindustrie von 650 auf 666; in den Mülkereien, Molkereien und Brauereien ist eine weitere Zunahme der Erwerbslosen von 125 auf 147 zu verzeichnen. Diese steigende Arbeitslosigkeit ist innerhalb eines Monats eingetreten, wo durch das Lohnsenkungsdiktat allgemein eine Schwächung der Kaufkraft eingetreten ist. Die volle Auswirkung wird sich erst später einstellen, denn längst ist bekannt, daß die Preissenkungsaktion Schiffbruch erlitten hat.

Osterode a. H. Am 10. Februar konnte Kollege Brunke auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Der Jubilar ist der Begründer der Zahlstelle des Brauereiarbeiterverbandes mit den Kollegen der Stadtbrauerei im Jahre 1905. Dem Braumeister gelang es, die Zahlstelle wieder zu sprengen. 1907 wurde wieder zur Gründung geschritten und der Jubilar wieder zum Vorsitzenden gewählt. 1908 wurde infolge Bierstreiks die Stadtbrauerei verkauft und Kollege Brunke übernahm eine Niederlage. 1910 führte er den Streik in der Bergbrauerei. Er trug auch zur Gründung der Zahlstelle in Ead Lauterberg bei. Gegenwärtig betreibt er eine Wirtschaft. Die Parteigenossen und Gewerkschaftskollegen verkehren gern bei ihm. Die Ortsgruppe hatte drei Jubilare, von ihnen soll besonders der Kollege Herm. Dune mann noch erwähnt werden. Er ist fast ununterbrochen Kassierer der Ortsgruppe gewesen, und hat sich ständig in den Dienst unserer Organisation gestellt. Leider ist er bei Streiks auch zweimal auf der Strecke geblieben. Das letztemal 1928, wo er ein ganzes Jahr gemäßregelt war.

Worms. Am 14. Februar veranstaltete die Ortsgruppe ein Familienfest mit Jubilarehrung. Vom Vorsitzenden Kollegen Hirsch wurden die Anwesenden herzlich begrüßt. Unter Mitwirkung des Quartetts vom Volkschor und nach der Vorführung eines Films gestaltete sich die Feier in kameradschaftlicher Weise. Gauleiter Kollege Rumeleit übermittelte den Jubilaren die besten Wünsche vom Verbandsvorstand, den Gau- und Bezirksleitern. Den für ihre treue Verbandszugehörigkeit geehrten Kollegen Friedrich Diry, Julius Schlosser, Christian Koch, Jakob Wilhelm und Wilhelm Eckert wurde die Verbandsurkunde überreicht. Der gemütliche Teil hielt noch lange die Kollegenschaft mit ihren Frauen beisammen.

Gewerkschaftliche Rundschau

Neuer Kassierer des ADGB. Der Bundesausschuß des ADGB. wählte in seiner vierten Sitzung an Stelle des verstorbenen Genossen Kube den Genossen Ernst Schulze. Genosse Schulze gehört dem Sattler- und Tapeziererverband an, war vom 1. Juni 1905 bis 30. April 1919 Vorsitzender der Berliner Verwaltungsstelle und wurde am 1. Mai 1919 als Sekretär in den Bundesvorstand berufen.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Lage auf dem Arbeitsmarkt. Nach dem Bericht der Reichsanstalt ist die Zahl der Erwerbslosen in der Zeit vom 1. bis 15. Februar um 85 000 auf 6,127 Millionen ge-

stiegen. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres hat sich die Erwerbslosenziffer um 104 000 erhöht und damit den Höhepunkt des vorigen Winters erreicht. Es ist kaum damit zu rechnen, daß auch in diesem Jahre bereits der Höhepunkt erreicht ist. Der starke Frost, der Mitte Februar auftrat, hat zahlreiche Arbeiten gehemmt und gleichzeitig verhindert, daß notwendige Außenarbeiten in Angriff genommen wurden. Es kann demzufolge erst Anfang März ein Stillstand oder Rückgang der Arbeitslosigkeit erwartet werden. Ausschlaggebend dafür wird die Landwirtschaft sein, die allerdings mit der Aufnahme der Frühjahrsbestellung von der Witterung abhängig ist. Unterstützung erhalten 1,88 Millionen Arbeitslose durch die Arbeitslosenversicherung und 1,653 Millionen durch die Krisenfürsorge, der Rest ist auf die Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden angewiesen.

Sanierung der Banken. Die deutschen Banken haben in der Finanzkrise, die am 13. Juli 1931 ausbrach, schwere Verluste erlitten. Teilweise sind sie zusammengebrochen und nur unter schweren Opfern des Reiches sind sie in der Lage gewesen, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die Sorgen um die Existenz der Banken steigerten sich, je näher der Zeitpunkt kam, daß der Jahresabschluß der Öffentlichkeit vorgelegt werden mußte. Es bestand nicht ohne Grund die Befürchtung, daß das Vertrauen der Öffentlichkeit abermals schwer erschüttert wird, wenn aus den vorzulegenden Bilanzen nicht mit aller Deutlichkeit der Stand der einzelnen Banken zu ersehen ist. In dieser Situation hat sich das Reich dazu entschlossen, die Großbanken zu verpflichten, gemeinsam am 22. Februar die Sanierung zu vollziehen. Dies ist unter weitgehender Mitwirkung des Reiches und der Reichsbank geschehen. Die daraufhin veröffentlichten Zahlen lassen erkennen, wie außerordentlich schwer sich die Finanzkrise, die ihren Ursprung in der Reichstagswahl vom 14. September hat, für die Banken auswirkte. Die Dresdner Bank und die Darmstädter und Nationalbank wurden fusioniert. Dabei wurde das Aktienkapital im Verhältnis von 10 zu 3 zusammengesetzt. Auch die Aktien der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft werden zusammengesetzt, wobei die Aktionäre 60 Proz. ihres Kapitals einbüßen. Nur bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft ist es möglich, das nach der Sanierung notwendige Aktienkapital aus Mitteln der Privatwirtschaft aufzubringen. Alle anderen Institute werden in weitgehendem Maße durch das Reich und die Reichsbank finanziert. Damit ist die für die Banken seit der Julikrise bereitgestellte Summe auf nahezu 800 Millionen Mark angewachsen. Rund 200 Millionen davon sind verloren.

Der deutsche Außenhandel im Januar. Der katastrophale Rückgang des Welthandels, der ausschließlich auf die Währungsverfälschungen und die zahlreichen Zoll-erhöhungen zurückzuführen ist, hat den deutschen Außenhandel empfindlich getroffen. Im Januar wurden für 425 Millionen Mark Waren eingeführt. Der Rückgang gegenüber dem Vormonat beträgt 65 Millionen Mark. Nur zum geringen Teil ist der Rückgang auf ein weiteres Absinken der Preise zurückzuführen. Für die innerdeutsche Wirtschaft ist es bezeichnend, daß am Rückgang der Einfuhr im stärksten Maße die Rohstoffe beteiligt sind. Die Ausfuhr ist von 708 Millionen im Dezember auf 542 Millionen gesunken. Der Ausfuhrückgang beträgt mithin 166 Millionen Mark, wovon 143 Millionen auf den Rückgang der Fertigwarenausfuhr entfallen. Allein die Ausfuhr nach England ist infolge der dort errichteten Zollmauern um mehr als 50 Millionen Mark zurückgegangen. Auch die skandinavischen Länder und Holland haben erheblich weniger Waren aus Deutschland bezogen. Der Warenverkehr mit diesen Ländern steht demnach bereits unter dem Eindruck der in den letzten Wochen vorgenommenen Butterzollerhöhung. Der Ausfuhrüberschuß beträgt im Januar nur noch 105 Millionen Mark. Er ist gegenüber dem Ausfuhrüberschuß vom Dezember um mehr als die Hälfte zurückgegangen.

Die türkische Kollektivausstellung auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1932. Die Türkei wird sich zum erstenmal an der Leipziger Frühjahrsmesse vom 6. bis 12. März mit einer Kollektivausstellung beteiligen, die hauptsächlich Rohstoffe, Agrarprodukte und Erzeugnisse des Hausgewerbes zeigen wird. Ausgestellt werden Südfrüchte, wie Sultaninen, Rosinen, Feigen, Haselnüsse und Erdnüsse, daneben aber auch Tabak, Zigaretten, ferner Seiden, hauptsächlich handgewebte Brussa-Seide, Wolle, Baumwolle, Angora-Ziegenwolle und schließlich eine Reihe von Samensorten, wie Getreidesamen, Kleesamen usw. An Erzeugnissen des Hausgewerbezweiges wird man alte türkische Geräte, Pfeifen, alten Schmuck, Handarbeiten, Schals, Pantoffeln, Pyjamas und schließlich Teppiche aus Wolle, Wandteppiche und seidene Tischteppiche finden. Die türkische Kollektivausstellung ist wie die meisten anderen ausländischen Ausstellungen im Ring-Meßhaus untergebracht.

Reichseinnahmen im Januar. Die Einnahmen aus Zöllen, Steuern und Verbrauchsabgaben für den Monat Januar werden mit 730,53 Millionen Mark angegeben. In der gleichen Zeit des Jahres 1931 betragen diese Einnahmen noch 1031,9 Millionen Mark. Gegenüber einem Voranschlag für das ganze Jahr 1931/32 in Höhe von 8172 Millionen Mark sind vom 1. April 1931 bis Ende Januar 1932 nur 6513,55 Millionen Mark aufgekommen. Wie verheerend die Lohnsenkungspolitik sich auf den Staatssäckel auswirkt, geht aus der Lohnsteuer hervor, die im Januar 80,38 Mill. Mk. gegen 110,2 Mill. Mk. in der gleichen Zeit des vorigen Jahres erbrachte. Die Kraftfahrzeugsteuer ging von 14,4 Mill. Mk. auf 10,81 Mill. Mk. in den beiden Vergleichsmonaten zurück. Von der mit großem Geschrei verordneten Reichsfluchtsteuer wurden nur 973 000 Mk. im Januar 1932 eingenommen. Die

Biersteuer hat einen erheblichen Rückgang aufzuweisen. Sie betrug im Januar 1932 24,5 Mill. Mk. gegenüber 34,4 Mill. Mk. im Jahre vorher, und in derselben Zeit ging die Tabaksteuer von 110,1 Mill. Mk. auf 66,25 Mill. Mk. zurück.

Dieses Ergebnis der überspannten Steuer- und Zollpolitik wird, weil keine Besserung des Wirtschaftslebens in Aussicht steht, noch größere Löcher in den Staatsäckel reißen.

Internationales

Die Züricher Bäckermeister auf der Anklagebank. Im großen Stadtrat in Zürich wurde am 24. Februar folgende Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion behandelt:

„Ist dem Stadtrat bekannt, daß der Bäckermeisterverein Zürich das in der Bundesverfassung gewährleistete Vereinsrecht der Angestellten und Arbeiter fortgesetzt gröblich verletzt?“

Ist der Stadtrat informiert, in welchem Umfange die Mitglieder des Bäckermeistervereins Zürich zur Zeit bei der Belieferung städtischer Anstalten, Heime und dergleichen mit Backwaren berücksichtigt werden?“

Ist der Stadtrat bereit, den Mitgliedern des Bäckermeistervereins Zürich gegenüber die Submissionsverordnung vom 21. Februar 1914 strikt zur Anwendung zu bringen?“

In der Begründung verwies Genosse Müller auf die furchtbare Lehrlingszüchtereier und die erschreckende Ueberfüllung von Arbeitskräften im Bäcker-gewerbe. Die Unternehmer-Organisation habe eine Schwarze Liste herausgegeben, in der solche Gehilfen namhaft aufgeführt sind, die ihrer gewerkschaftlichen Organisation angehören. Sie hat weiter die in Arbeit stehenden Gehilfen verpflichtet, keiner Gewerkschaft beizutreten. Die Organisation der Bäckermeister ist eine Scharfmachervereinigung vom reinsten Wasser. Soziale Unvernunft und Rückständigkeit in höchster Potenz feiern dort Triumphe. Sie weigert sich mit den gemeinsten Mitteln einen Tarif mit der Gewerkschaft abzuschließen. Renetente Bäckermeister, die zum Vertragsabschluß bereit sein würden, werden durch den Ausschluß von der Submissionsverordnung wirtschaftlich geschädigt. Die Gehilfen werden in allen Betrieben in Kost- und Logiszwang beim Unternehmer beschäftigt. Die Arbeitszeit ist furchtbar lang. Von einem Schutz der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter ist überhaupt keine Rede. Der Redner erntete mit seiner Anklage allgemeine Zustimmung.

Vom Stadtrat Gschwend wurde erklärt, daß der von den Bäckermeistern den Gehilfen vorgelegte Revers, keiner Gewerkschaft beizutreten, der Submissionsverordnung widerspricht. Der Stadtrat wird zukünftig alle Bäckermeister, die von ihren Gehilfen solche Erklärung verlangen, von Submissionen ausschließen. Von dem bürgerlichen Vertreter wurde versucht, die erhobene Anklage abzuschwächen. Jedoch wurde allgemein auch anerkannt, daß das Vorgehen der Bäckermeister gegen die Koalitionsfreiheit unbedingt verurteilt werden müsse. Auch Stimmen wurden laut, die für größeren Schutz der Lehrlinge im Bäckergewerbe eintraten und eine Herabsetzung der Lehrlingszahl forderten.

Die Debatte im Stadtrat ergab eine schwere Anklage gegen die sozial rückständigen Bäckermeister in Zürich. Ob sie aber daraus Konsequenzen ziehen werden, daran wagen wir noch nicht zu glauben, denn auch die Züricher sind aus demselben Holze geschnitzt wie die kleinen Handwerker in anderen Ländern und sie stemmen sich mit großer Energie gegen jeden sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt. Sie können nur durch eine starke gewerkschaftliche Organisation gezwungen werden, von ihrer rückständigen Anschauung abzugehen. Solange, wie in Zürich, die Gehilfenschaft einer meistertreuen Organisation angehört, die sich als Schleppenträger der Bäckermeister bei allen Anlässen zeigt, wird das wirtschaftliche Elend bei der Gehilfenschaft und den Lehrlingen bestehen bleiben.

Unserm lieben Kollegen, dem Fleischbeschauer Julius Thomas nebst seiner lieben Frau zu seiner am 21. Februar 1932 stattgefundenen Silberhochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [2,40]
Die Kollegen und Kolleginnen der Ortsgruppe Meerane i. Sa.

Unserm Kollegen Ernst Tetzner, Bäcker, zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [1,20]
Ortsgruppe Altenburg.

Unserm Kollegen Otto Müller und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit. [1,50]
Ortsgruppe Rudolstadt (Thür.)

Nachruf!
Am Freitag, dem 19. Febr. 1932, verstarb nach längerem, schwerem Leiden unser langjähriger Mitglied, der Schlosser der Schultheiß-Brauerei, Kollege
Max Hampe
Sein Andenken werden wir in Ehren halten. [4,50]
Ortsgruppe Dessau.

Dem Kollegen Lorenz Jakerst, Küfer, und seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [2,10]
Die Kollegen der Zahlstelle Gengenbach, Ortsgruppe Wolfach-Biberach.
Unserer Kollegin Käthe Knops nebst ihrem lieben Bräutigam die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [2,10]
Die Mitglieder der Ortsgruppe Krefeld — Uerdingen a. Rh.

Nachruf!
Am 17. Februar 1932 starb schnell und unerwartet unser Kollege, der Müller
Max Bergmüller
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. [3,60]
Ortsgruppe Rosenheim (Bay.)

Frauenrecht

JAROSLAV HÁSEK:

Berufsarbeit

und Schwangerschaft

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

Illustriert von Josef Lada und A. Grimmer
Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner
Copyright by Verlag Ad. Synek, Prag

8. Fortsetzung.

„Kompliment, Euer Gnaden“, sagte Schwejk, während er sich zu ihm auf die Pritsche setzte, „wieviel Uhr kann es beiläufig sein?“

„Die Uhr ist nicht mein Herr“, entgegnete der melancholische Mann.

„Hier ist es nicht so übel“, fuhr Schwejk im Gespräch fort, „die Pritsche ist aus gehobeltem Holz.“

Der ernste Mann antwortete nicht, stand auf und fing an, rasch in dem kleinen Raum zwischen Tür und Pritsche auf und ab zu gehen, als hätte er Eile, etwas zu retten.

Schwejk betrachtete mit Interesse die auf die Wände gekritzelteten Inschriften. Da gab es eine Inschrift, in der ein unbekannter Arrestant einen Kampf auf Tod und Leben mit der Polizei gelobte. Der Text lautete: „Ihr werdet es euch auslöfeln.“ Ein anderer Arrestant hatte geschrieben: „Steigt mir am Buckel, Hornochsen.“ Ein anderer wiederum stellte einfach die Tatsache fest: „Ich bin hier vom 5. Juni 1913 gesessen und man ist anständig mit mir verfahren. Josef Maretschek, Kaufmann aus Vrshowitz.“ Ferner gab es hier auch eine Inschrift, die durch ihre Tiefe erschütterte: „Gnade, großer Gott —“ und darunter: „Leckt mich am A.“ Der Buchstabe „A“ war jedoch durchstrichen und an der Seite stand mit großen Buchstaben:

„Rockschoß.“ Daneben hatte irgendeine poetische Seele die Verse geschrieben „Ich sitz traurig an dem Bache, am Himmel zeigt sich schon der Mond, und blicke auf die dunklen Berge, wo mein teures Schätzchen wohnt.“

Der Mann, der zwischen Tür und Pritsche auf und ab lief, als wollte er den Marathonlauf gewinnen, blieb stehen, setzte sich abgehetzt wieder auf seinen alten Platz, legte das Haupt in die Hände und brüllte plötzlich auf: „Laßt mich heraus!“

„Nein, sie lassen mich nicht“, redete er vor sich hin, „sie lassen mich nicht und nicht. Ich bin schon seit sechs Uhr früh hier.“

Er bekam einen Anfall von Mitteilbarkeit, richtete sich auf und fragte Schwejk:

„Haben Sie nicht zufällig einen Riemen bei sich, damit ich Schluß mache?“

„Damit kann ich Ihnen herzlich gern dienen“, antwortete Schwejk, während er seinen Riemen abknöpfte, „ich hab noch nie gesehen, wie sich Leute in der Separation auf einem Riemen aufhängen.“

„Es ist nur ärgerlich“, fuhr er fort, indem er umherblickte, „daß kein Haken hier ist. Die Klinke am Fenster wird Sie nicht erhalten. Außer Sie hängen sich im Knien an der Pritsche auf, wie's der Mönch im Kloster in Emmaus gemacht hat, der was sich auf dem Kreuzifix wegen einer jungen Jüdin aufgehängt hat. Ich hab Selbstmörder sehr gern, also nur lustig ans Werk.“

Der düstere Mann, dem Schwejk den Riemen zusteckte, schaute den Riemen an, schleuderte ihn in einen Winkel und fing zu weinen an, wobei er die Tränen mit den schwarzen Händen verschmierte und folgende Schreie aus sich hervorstieß: „Ich habe Kinderchen, ich bin hier wegen Trunkenheit und unsittlichem Lebenswandel. Jesusmaria, meine arme Frau, was wird man mir im Amt sagen? Ich habe Kinderchen, ich bin hier wegen Trunkenheit und unsittlichem Lebenswandel“ usw. ohne Unterlaß.

Zum Schluß beruhigte er sich doch ein bißchen, ging zur Tür und begann in sie zu stoßen und mit den Fäusten auf sie zu trommeln. Hinter der Tür ließen sich Schritte vernehmen und eine Stimme ertönte: „Was woll'n Sie?“

„Laßt mich heraus!“ sagte er mit einer Stimme als bliebe ihm keine Lebenshoffnung mehr. „Wohin?“ ertönte es fragend von der anderen Seite. „Ins Amt“, entgegnete der unglückliche Vater, Gatte, Beamte, Säuler und Lüstring.

Ein Lachen, ein fürchterliches Lachen in der Stille des Korridors und die Schritte entfernten sich wieder.

„Mir scheint, der Herr hat Sie, wenn er Sie so auslacht“, sagte Schwejk, während der hoffnungslose Mann sich wieder neben ihn setzte. „So ein Polizist, wenn er Wut hat, ist zu alles imstand. Sitzen Sie nur ruhig, wenn Sie sich nicht aufhängen wollen, und warten Sie, wie die Dinge sich entwickeln. Wenn Sie Beamter sind, verheiratet und Kinder ham, so ist es schrecklich, das geb ich zu. Sie sind wahrscheinlich überzeugt, daß man Sie aus dem Amt entlassen wird, wenn ich mich nicht irr.“

„Das kann ich Ihnen nicht sagen“, seufzte der Mann, „weil ich mich selbst nicht mehr erinnere, was ich aufgeführt hab, ich weiß nur, daß man mich von irgendwo herausgeworfen hat und daß ich wieder hineingeh'n woll'n, um mir eine Zigarre anzuzünden. Aber erst hats so schön angefangen! Der Vorstand von unserer Abteilung hat seinen Namenstag gefeiert und hat uns in eine Weinstube eingeladen, dann gings in die zweite, in die dritte, in die vierte, in die fünfte, in die sechste, in die siebente, in die achte, in die neunte.“

„Soll ich Ihnen vielleicht zählen helfen?“ fragte Schwejk. „Ich kenn mich drin aus, ich war mal in einer Nacht in achtundzwanzig Lokalen. Aber alle Achtung, nirgends hab ich mehr gehabt als höchstens drei Biere.“

„Kurz“, fuhr der unglückliche Untergebene des Vorstands fort, der seinen Namenstag so großartig gefeiert hatte, „als wir etwa in einem Dutzend solcher verschiedener Beisln gewesen waren, bemerkten wir, daß der Vorstand uns verlorengegangen war, obwohl wir uns ihm an einen Spagat angebunden hatten und hinter uns führten wie ein Husterl. So sind wir ihm wieder überallhin

Mit der wachsenden Wirtschaftsnot wird an immer weitere Kreise von Frauen die Aufgabe gestellt, auch noch als werdende Mutter berufstätig zu sein. Mag auch — wie die Aerzte versichern — die Schwangerschaft keine Krankheit sein, da sie eine natürliche Sache ist, so weiß doch fast jede Mutter von Beschwerden und Leiden zu berichten, die sie während der Wartezeit auf das Kind heimsuchten. Die einen leiden mehr in den ersten Monaten und es fehlt ihnen jeder Unternehmungsgest, ohne den nun mal keine Berufstätigkeit gedeihen will. Galt früher das Wort, die Frau sei für den harten Existenzkampf im allgemeinen und für viele Berufe im speziellen nicht geeignet, so müssen wir heute zum mindesten für die schwangere Frau diese Behauptung aufrechterhalten.

Der weite Weg zur Arbeitsstätte, oft bei Wind und Wetter, oder das Stehen im schüttelnden, schaukelnden Wagen, für manche Frauen noch weniger bekömmlich als zu Fuß zu gehen, tragen dazu bei, daß die arme Frau wie gerädert die Arbeitsstätte erreicht. Ein Viertelstündchen gründlicher Ruhe in ausgestreckter Lage müßte gewährt werden!

Und welche Frau mag auch selber auf ihren Zustand hinweisen! Vielleicht hält eine falsche Scheu, die überwunden werden muß, sie davon ab. Bedenkt man aber die gewaltige Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, so ist verständlich, daß schon die Angst, das Brot zu verlieren, die Lippen verschließt und jedes Ungemach tragen läßt. Erst in diesen Tagen durchläuft die Presse der Bericht, daß eine Schlächterei eine junge Angestellte fristlos entließ, wie sich ihre Schwangerschaft herausstellte. Bei Eingehung des Dienstverhältnisses hatte die Arbeitssuchende erklärt, gesund zu sein und daraufhin die Stellung erhalten. Der Brotherr erklärt sich nunmehr für arglistig getäuscht und hält die Entlassung für berechtigt. Zum Glück stellt sich das Gericht schützend vor das Mädchen und behauptet, es sei nicht verpflichtet gewesen, über so private Dinge Auskunft zu geben, denn es sei nur nach dem allgemeinen Gesundheitszustand gefragt worden.

suchen gegangen und zu guter Letzt sind wir einer nach dem andern verduftet, bis ich mich zum Schluß in einem Nachtcafé auf der Weinberge befand, einem sehr anständigen Lokal, wo ich irgendeinen Likör direkt aus der Flasche getrunken hab. Was ich dann gemacht hab, dran erinner ich mich nicht, ich weiß nur, daß die beiden Herren Polizisten hier auf dem Kommissariat, wie man mich hergebracht hat, schon gemeldet hatten, daß ich betrunken war und mich unsittlich benommen hab. Außerdem soll ich eine Dame verprügelt und mit dem Taschenmesser einen fremden Hut zerschnitten haben: den ich vom Kleiderrechen genommen hatte, dann die Damenkapelle vertrieben und den Oberkellner vor allen des Diebstahls einer Zwanzigkronennote beschuldigt, die Marmorplatte an dem Tisch, an dem ich gesessen bin, zerschlagen und einem unbekanntem Herrn am Nebentisch absichtlich in den schwarzen Kaffee gespuckt haben. Mehr hab ich nicht gemacht, wenigstens kann ich mich nicht dran erinnern, daß ich noch was angestellt hätt. Und glauben Sie mir, ich bin so ein anständiger, intelligenter Mensch, der an nichts anderes denkt, als an seine Familie. Was sagen Sie dazu? Ich bin doch kein Exzedent!“

„Hat Ihnen das viel Arbeit gegeben, bevor Sie die Marmortafel zerbrochen ham?“ fragte Schwejk mit Interesse statt einer Antwort, „oder ham Sie sie mit einem Schlag zerdrochen?“

„Mit einem Schlag“, antwortete der intelligente Herr. „Dann sind Sie verloren“, sagte Schwejk melancholisch. „Man wird Ihnen beweisen, daß Sie sich durch feißiges Training drauf vorbereitet ham. Und der Kaffee von diesem fremden Herrn, in den Sie gespuckt ham, war er ohne Rum oder mit Rum?“

Und ohne eine Antwort abzuwarten, legte er klar: „Wenn er mit Rum war, so wirds ärger sein, weil er teurer is. Bei Gericht wird alles berechnet und zusam gegeben, damits zumindest auf ein Verbrechen herauskommt.“

„Bei Gericht —“, flüsterte der gewissenhafte Familienvater kleinlaut, ließ den Kopf hängen und verfiel in den unangenehmen Zustand, in dem Gewissensbisse an einem fressen*).

„Und weiß man zu Haus“, fragte Schwejk, „daß Sie eingesperrt sind, oder wartet man, bis es in der Zeitung stehn wird?“

„Sie glauben, daß es in der Zeitung stehn wird?“ fragte das Opfer des Namenstages seines Vorgesetzten naiv.

„Das is mehr als gewiß“, lautete die unverblühte Antwort, denn Schwejk hatte nicht in der Gewohnheit, etwas vor einem anderen zu verbergen. „Das über Sie wird sogar allen Zeitungslesern sehr gefall'n. Ich les auch gern diese Rubrik von den Besoffenen und ihren Ausschreitungen. Neulich beim „Kelch“ hat ein Gast nichts anderes angestellt, als daß er sich selbst mit einem Glas den Kopf zerschlagen hat. Er hats in die Höh geworfen und sich drunter gestellt. Man hat ihn weggeschafft und früh ham wirs schon zu lesen bekommen. Oder hab ich in Bendlo-

*) Manche Schriftsteller gebrauchen den Ausdruck: „Gewissensbisse nagen“. Ich halte diesen Ausdruck nicht für ganz entsprechend. Auch der Tiger frißt den Menschen und nagt nicht an ihm. (Anm. d. Verf.)

Dieses Gerichtsurteil ist nur gutzuheißen, aber ein Bedenken bleibt. Der Schlächtermeister sagte nämlich, er sei der Ansicht, daß eine schwangere Frau die schwere Arbeit in einer Schlächtereier nicht zu leisten vermöge. Diesen Punkt zu prüfen war offenbar nicht Sache des Gerichtes, das sich lediglich mit der fristlosen Kündigung zu befassen hatte. Uns aber soll dieser Fall Anlaß und Beispiel sein, über die Arbeitsverwendung der schwangeren Frau, vor allem in den letzten zwei Monaten vor der Entbindung, etwas gründlicher zu beschließen.

Theoretisch wird in jeder Schwangerenfürsorge gelehrt und ist in jedem Merkbüchlein zu lesen, daß das Lieben und Tragen schwerer Lasten unbedingt zu vermeiden sei. Ob sich aber bei einer Tätigkeit in einer Schlächtereier dergleichen vermeiden läßt? Was nützt ihr al'r das theoretische Wissen, wenn die Praxis die harte Forderung an sie stellt! Und in der Angst, sonst keine Stellung zu finden, verschweigt sie ihren Zustand.

Vergessen wir nicht, daß neben dem körperlichen Moment das seelische nicht minder große Opfer und Beherrschung verlangt. Welch fragenden, häßlichen Blicken begegnet die schwangere Frau, gleichviel ob verheiratet oder nicht. Denn auch als verheiratete Frau hat sie nicht immer den Gatten zur Seite und muß den Menschen allein gegenüberreten. Wohl jede Frau jeden Standes weiß darüber zu berichten und ist oft errötet über die Schamlosigkeit, mit der der werdenden Mutter begegnet wird. Der nicht berufstätigen Frau bleibt die Möglichkeit, zurückgezogen zu leben. Anders bei der auf eigene Betätigung angewiesenen Frau. Sie muß sich in der überfüllten Straßenbahn durchdrängeln und Spießruten laufen, sie muß dem Chef frei gegenüberreten und ist seinen forschenden Blicken voll ausgesetzt. Und dabei möchte sie ihren Zustand aus weiblicher Scheu wie aus der Angst vor Kündigung so gerne verbergen und versucht dies mit allen Mitteln. Ob je die Männer, die strenge Gesetze machen und die Mutterschaft zu schützen angeben, über diese Dinge ernstlich nachgedacht haben? Der Ruf: „Schützt keimendes Leben!“ sollte als ethische Forderung bei allen Anlässen, auch bei den mittelbaren, die Handlung diktieren. (Schluß folgt.)

wetz einmal einem Funekrak**) eine Watsche gegeben und er hat mir sie zurückgegeben. Damit wir uns versöhnen, hat man uns beide einsperren müssen und gleich wars im Mittagsblatt. Oder wie dieser Herr Rat im Kaffeehaus „Zum Leichnam“ zwei Tassen zerbrochen hat, glauben Sie, man hat ihn geschont? Er war auch gleich am nächsten Tag in der Zeitung. Sie können höchstens aus dem Gefängnis eine Berichtigung in die Zeitung schicken, daß der Bericht, was über Sie veröffentlicht worden is, nicht Sie betrifft und daß Sie mit dem Herrn dieses Namens weder verwandt noch identisch sind, und nach Haus einen Brief, daß sie Ihnen ihre Berichtigung ausschneiden und aufheben solln, damit Sie sichs lesen können, bis Sie sich die Strafe abgesehen ham.“

„Is Ihnen nicht kalt?“ fragte Schwejk voll Teilnahme, als er bemerkte, daß der intelligente Herr klapperte. „Wir ham aber heuer ein kaltes Sommerende.“

„Ich bin unmöglich, schluchzte der Kollege Schwejks, ich habs aus mit dem Avancement.“

„Das stimmt“, bekräftigte Schwejk entgegenkommend. „Wenn man Sie, bis Sie die Strafe abgesehen ham, nicht ins Amt zurücknimmt, weiß ich nicht, ob Sie bald einen andern Posten finden wern, weil ein jeder, sogar wenn Sie beim Abdecker dienen wollten, von Ihnen ein Leumundszeugnis verlangen wird. Ja, so ein Augenblick der Lust, wie Sie sich ihn vergönnt ham, zahlt sich nicht aus. Und hat Ihre Frau mit Ihren Kindern von was zu leben, für die Zeit, wo Sie sitzen wern? Oder wird sie betteln geh'n und die Kinder verschiedene Laster lernen müssen?“

Ein Schluchzen ertönte:

„Meine armen Kinder, mein armes Weib!“ Der gewissenlose Büsser stand auf und begann von seinen Kindern zu sprechen: Er hatte ihrer fünf, der Aelteste war zwölf Jahre alt und war bei den Skauts. Er trank bloß Wasser und hätte seinem Vater zum Beispiel dienen sollen, der so was zum erstenmal in seinem Leben angestellt hatte.

„Bei den Skauts?“ rief Schwejk, „von den Skauts hör ich gern. Einmal in Mydlowar bei Zliw, Bezirk Hlubokau, Bezirkshauptmannschaft Budweis, grad wie wir Einundneunziger dort eine Uebung hatten, ham die Bauern aus der Umgebung im Gemeinewald eine Treibjagd auf die Skauts gemacht, die sich ihnen dort eingenistet hatten. Drei ham sie gefangen. Der kleinste von ihnen hat gekreisch, geheult und gejammert wie sie ihn zusamm gebunden ham, daß wir abgehärtete Soldaten es nicht mit anschauen konnten und lieber zur Seite gegangen sind. Bei diesem Zusammenbinden ham diese drei Skauts acht Bauern gebissen. Beim Follern vorm Bürgermeister ham sie dann unterm Staberl gestanden, daß es keine einzige Wiese in der Umgebung gegeben hat, die sie nicht zerwält ham, wie sie an der Sonne gelegen sind, dann, daß der Strich Korn, grad vor der Ernte, bei Razitz, durch einen bloßen Zufall abgebrannt is, wie sie sich im Korn auf dem Rost ein Reh gebraten ham, das sie im Gemeinewald abgemurkst hatten. In ihrem Versteck, im Wald, hat man über einen halben Meterzentner abgenagte Knochen von Geflügel und Wild gefunden, eine ungeheure Menge Kirschkerne, eine Masse Griebische von unreifen Aepfeln und andere gute Dinge.“ (Fortsetzung folgt.)

**) Verstümmelung aus Pompe de Funèbre.